

Betreff:
**Fortsetzung des Projekts #KulTourKids in Kooperation mit der
Bürgerstiftung Braunschweig**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	<i>Datum:</i> 21.08.2020
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	11.09.2020	Ö

Sachverhalt:

Die Bürgerstiftung Braunschweig hat im Jahr 2019 zusammen mit dem Fachbereich Kultur und Wissenschaft das Projekt #KulTourKids initiiert (s. Drs.-Nr. 19-11338). Vorgesehen ist, dass in den Jahren 2019, 2020 und 2021 alle jeweiligen Drittklässlerinnen und Drittklässler von Grund- und Förderschulen in kommunaler und freier Trägerschaft angeregt werden sollen, sich mit der Geschichte ihrer Stadt auseinanderzusetzen und das vielfältige Kulturangebot kennenzulernen.

Die Umsetzung im Jahr 2020 erfolgt wie schon im Jahr 2019 Folgendermaßen:

Jede Drittklässlerin und jeder Drittklässler erhält wie im vergangenen Jahr nach den Sommerferien über die Lehrkräfte einen Sportbeutel aus Baumwolle mit den Logos von Bürgerstiftung und Dezernat für Kultur und Wissenschaft mit folgendem Inhalt:

- ein eigens für das Projekt konzipiertes Rätselbuch mit Illustrationen, das zu historischen Orten in Braunschweig führt und Besonderheiten und Wissenswertes über die Geschichte der Stadt Braunschweig vorstellt und 2019 für die Gesamtlauzeit gedruckt wurde,
- ein Gutscheineft, in dem sich sowohl städtische Einrichtungen als auch Landeseinrichtungen, durch die Stadt geförderte Kulturschaffende sowie Wirtschaftsunternehmen aus dem Kultur- und Freizeitbereich vorstellen und bspw. einmalig einen kostenlosen Eintritt, eine kostenlose Führung oder etwas Vergleichbares anbieten,
- eine Dynamo-LED-Taschenlampe, mit der auch in der dunklen Jahreszeit die Stadt mit dem Rätselbuch erkundet werden kann.

Die Stadt hat die Bürgerstiftung bei der Entwicklung und Umsetzung des Projektes inhaltlich, organisatorisch und finanziell unterstützt. Für das Rätselbuch, das für die Gesamtprojektzeit von drei Jahren aufgelegt wurde, hatte die Stadt 2019 50 % der Kosten i. H. v. insg. rd. 7.500 € getragen. Die Bürgerstiftung hatte die weiteren 50 % der Kosten für das Rätselbuch, die Gesamtkosten für den Sportbeutel i. H. v. rd. 25.500 € sowie die Kosten für die Gestaltung Gutscheineftes übernommen. Zudem konnten die Braunschweigische Stiftung, die Stiftung Kleiderversorgung Braunschweig und die Hoffmann Maschinen- und Apparatebau GmbH für

eine finanzielle Unterstützung des Projektes gewonnen werden. Die Dynamo-Taschenlampe wurde erneut von der Öffentlichen Versicherung finanziert.

In der Partnerstadt Magdeburg wird seit 2007 ein vergleichbares Projekt für Erstklässlerinnen und Erstklässler erfolgreich umgesetzt. Aufgrund des mit dem Projekt verfolgten pädagogischen Ziels, Interesse an der Stadt und ihrer Historie zu entwickeln, haben sich Kulturverwaltung und Bürgerstiftung für Drittklässlerinnen und Drittklässler als Zielgruppe entschieden.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Betreff:
Zuwendungen zur Projektförderung bis 5.000 € im 2. Halbjahr 2020

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	<i>Datum:</i> 04.09.2020
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	11.09.2020	Ö

Sachverhalt:

Den in der beigefügten Tabelle aufgelisteten Vereinen, Künstlern und Gruppierungen mit einer Antragshöhe von bis zu 5.000 € werden im Rahmen der Projektförderung Zuschüsse in der genannten Höhe bewilligt. Aufgrund der Richtlinie des Rates gem. § 58 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG gehört die Bewilligung von unentgeltlichen Zuwendungen aus allgemeinen Produktansätzen bis zur Höhe von 5.000 € zu den Geschäften der laufenden Verwaltung.

Die Vergabe der Zuschussmittel im Bereich der Kulturförderung erfolgt seit dem 1. Januar 2009 auf Grundlage der „Förderrichtlinien der Stadt Braunschweig für den Fachbereich Kultur“. Entsprechend der Richtlinie informiert die Verwaltung den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft über die Förderung der Projekte.

Die Anlage 1 enthält die Anträge sämtlicher Produktansätze mit einer Entscheidungszuständigkeit der Verwaltung mit Ausnahme der Anträge des Ansatzes Theater.

Die Anträge dieses Bereichs wurden dem Auswahlgremium Theaterförderung vorgelegt und sind in Anlage 2 aufgeführt. Im Genre „Theater“ wurde den Empfehlungen des Auswahlgremiums entsprochen.

Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Kommunikations- und Beratungsmöglichkeiten sowie aufgrund der allgemein unsicheren Lage während der Corona-Pandemie ist im Hinblick auf die Antragsfrist eine vergleichsweise flexible Handhabung praktiziert worden. Zeitliche Verschiebungen sowie Anpassungen der Projektzeiträume auf den jeweiligen Bedarf werden ebenfalls - wie auch schon im 1. Halbjahr 2020 - ermöglicht. Hierbei wird sichergestellt, dass Mittel nur dann ausgezahlt werden, wenn ein Projekt tatsächlich durchgeführt wird.

Die Entscheidungen des Theaterbeirats haben für die Verwaltung bindenden Charakter und sind in der Vergangenheit immer 1:1 in die Verwaltungsvorlagen eingeflossen. In diesem Fall sind die noch zur Verfügung stehenden Mittel auf die Theaterprojekte verteilt worden, weil diese in ihrer Akkumulation auf ein hohes Maß von Qualität schließen lassen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1: Projektförderungen bis 5.000 €

Anlage 2: Projektförderungen bis 5.000 € – Genre Theater

Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung bis 5.000 € im 2. Halbjahr 2019

Anlage 1

Nr.	Antragsteller	Zweck	Gesamtkosten	Antrag		Förderung	
				Antragssumme	Anteil an Gesamtkosten	Vorschlag der Verw.	Anteil an Gesamtkosten
Wissenschaft							
1	Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte (IBRG)	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Das Institut gehört zur TU Braunschweig und wurde 2009 gegründet. Aufgabe des IBRG ist die Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Braunschweiger Landes.</p> <p><u>Projektname:</u> Das Braunschweiger Kolonialdenkmal in seinem historischen Kontext</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Im Rahmen des Projekts sollen die Entstehungsgeschichte des Kolonialdenkmals an der Jasperallee sowie die Nachgeschichte seit seiner Aufstellung ab dem 1. Oktober 2020 erforscht werden.</p> <p>Im Einzelnen sollen die genauen Umstände der Aufstellung sowie Beteiligung und Einflüsse verschiedener Interessengruppen (v.a. Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner) geklärt werden. Erarbeitet wird dazu eine historische Einordnung der Braunschweiger Denkmalsaufstellung in den Kontext der Kolonialerinnerung der Weimarer Republik. Außerdem sind Recherchen hinsichtlich der jeweils zeitgenössischen Berichterstattung vorgesehen. Überdies ist die Darstellung der wechselhaften Nutzungsgeschichte seit der Aufstellung des Denkmals Bestandteil der Arbeit. Dazu werden erinnerungskulturell zusammengehörige Phasen bestimmt, die von Zäsuren in der Nutzung des Denkmals getrennt werden. (Gedenken und Zurückfordern während der Weimarer Republik, Instrumentalisierung im Nationalsozialismus, Vergessen in der jungen Bundesrepublik, Wiederentdeckung seit den 1990er Jahren, Aufarbeitung und Projektionsfläche seit der Jahrtausendwende). Die Arbeit von Herrn Lampe findet in stetigen Austausch mit Frau Buck statt. Es wird eine Publikation des abschließenden Forschungsberichts angestrebt.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Nach dem gewaltsamen Tod von George Floyd im US-Bundesstaat Minnesota ist ein erhöhter Diskussionsbedarf um Kolonialismus und Rassismus deutlich geworden. Sich mit den damit zusammenhängenden Fragen auch auf regionaler Ebene zu befassen, ist unerlässlich. Da die ohnehin erforderliche Aufarbeitung hinsichtlich des Braunschweiger Kolonialdenkmals insofern an Dringlichkeit gewonnen hat und das Projekt dazu einen wichtigen Beitrag leistet, wird das Projekt wie beantragt gefördert.</p>	9.600 €	4.800 €	50,00 %	4.800 €	50,00 %

Literatur							
2	Braunschweiger Landesverein. Geschichte - Heimat - Natur e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der im Jahr 2017 gegründete Verein widmet sich der Heimatpflege und der Heimatkunde sowie dem Naturschutz und der Denkmalpflege.</p> <p><u>Projektname:</u> Dokumentation „Flugplatz Broitzem 1915-1945“</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Die Publikation wurde von dem Vorsitzenden des Vereins, dem Stadtteilheimatpfleger Dieter Heitefuß, und von Prof. Dr. Dietrich Hummel, dem ehemaligen Leiter des Instituts für Strömungsmechanik der TU Braunschweig, verfasst. In der Dokumentation wird die Geschichte des Flugplatzes von seiner Entstehung im Jahr 1915 an über die Nutzung als Fliegerhorst während der beiden Weltkriege bis zu seiner Umnutzung nach 1945 beschrieben.</p> <p>Das Buch, das 224 Seiten umfasst und im Juli 2020 in einer Auflage von 500 Exemplaren erschienen ist, wird durch zahlreiche Abbildungen ergänzt.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Dokumentation beleuchtet einen interessanten Aspekt der Braunschweiger Stadtgeschichte und stellt eine informative Ergänzung zu anderen Publikationen über die Stadt dar. Die Förderung erfolgt daher im beantragten Umfang.</p>	10.150 €	1.800 €	17,73 %	1.800 €	17,73 %
3	TU Braunschweig - Institut für Germanistik	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Das Institut für Germanistik gehört zur Fakultät der Geistes- und Erziehungswissenschaften der TU Braunschweig.</p> <p><u>Projektname:</u> Tagungsband Joachim Heinrich Campe</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Vom 13. bis 15. September 2018 fand im Haus der Wissenschaft eine Tagung anlässlich des 200. Todestages des Pädagogen, Schriftstellers, Sprachforschers und Verlegers Joachim Heinrich Campe statt, der ab 1786 von Braunschweig aus den Buchmarkt zwischen Aufklärung und Romantik maßgeblich geprägt und außerdem das Braunschweigische Schulwesen reformiert hat.</p> <p>In der ca. 400 Seiten umfassenden Dokumentation sollen die Beiträge der Tagung veröffentlicht werden. Sie soll in einer Auflage von 250 Exemplaren im Rahmen der Reihe „Germanisch-Romanische Monatsschrift. Beihefte“ erscheinen.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Im Rahmen der Tagung haben sich 20 Referenten mit verschiedenen Aspekten von Campes vielfältigem Wirken auseinandergesetzt. Es ist eine anspruchsvolle Dokumentation zu erwarten, mit der das Lebenswerk des in Braunschweig verstorbenen Joachim Campe gewürdigt wird. Der Zuschuss wird daher in beantragter Höhe gewährt.</p>	7.422,90 €	3.556,90 €	47,92 %	3.556,90 €	47,92 %

Bildende Kunst							
4	Klaus G. Kohn	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Braunschweiger Klaus G. Kohn ist als freier Fotograf tätig und seit 1994 Mitglied im BBK Braunschweig. Zudem war er von 1999 bis 2007 Vorsitzender des Museums für Photographie.</p> <p><u>Projektname:</u> Ausstellung „Zwei“ im Verwaltungsgericht Braunschweig</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Die Ausstellung soll zwischen dem 29. Oktober und dem 23. Dezember 2020 im Verwaltungsgericht Braunschweig präsentiert werden.</p> <p>Im Mittelpunkt sollen aktuelle fotografische Arbeiten von Klaus G. Kohn stehen. Darüber hinaus werden auch Werke seiner Tochter Hannah Kohn gezeigt, die im Januar 2020 ein Studium im Bereich „Freie Kunst/Textile Künste“ an der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich um großformatige abstrakte Gemälde.</p> <p>Die Arbeiten von Vater und Tochter zeigen vollkommen unterschiedliche Herangehensweisen, verbinden sich aber in dem Bestreben, existenzielle Grundaussagen künstlerisch zu formulieren.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Bei Klaus G. Kohn handelt es sich um einen renommierten Braunschweiger Fotografen, der in seiner Arbeit regelmäßig aktuelle Themenstellungen aufgreift. Es ist somit eine spannende Ausstellung zu erwarten. Die Erweiterung um Werke von Hannah Kohn bietet eine zusätzliche Bereicherung, zudem wird durch die Ausstellungsmöglichkeit für eine junge Künstlerin ein Beitrag zur Nachwuchsförderung geleistet. Das Projekt wird daher im vollen Umfang gefördert.</p>	6.550 €	3.200 €	48,85 %	3.200 €	48,85 %
5	Andreas Greiner-Napp	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Andreas Greiner-Napp ist ein Braunschweiger Fotograf, der Freie Kunst an der HBK studiert hat und zudem Mitglied im BBK ist.</p> <p><u>Projektname:</u> Werkskatalog</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Andreas Greiner-Napp plant eine Dokumentation aktueller Arbeiten, wobei der Katalog in sieben Kapitel unterteilt werden soll, die jeweils einzelnen fotografischen Themenkomplexen gewidmet werden.</p> <p>So werden z. B im Kapitel „fear“ Arbeiten präsentiert, die sich mit den Abgründen, Facetten und Spektren von Angst auseinandersetzen. In einem weiteren Kapitel werden Schwarz-Weiß-Nahaufnahmen von Menschen präsentiert.</p> <p>Es ist vorgesehen, die Fotografien in den Kontext von ausgewählten Zitaten der Literaturgeschichte zu stellen.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Dokumentation der Arbeiten von Andreas Greiner-Napp ist nicht nur aus künstlerischer Sicht unterstützenswert, sondern eröffnet dem Künstler darüber hinaus Möglichkeiten, seinen Bekanntheitsgrad in und außerhalb Braunschweigs weiter auszubauen. Die Verbindung mit Literaturzitaten stellt zudem einen weiteren interessanten Aspekt dar. Die Förderung erfolgt daher wie beantragt.</p>	5.410 €	2.705 €	50,00 %	2.705 €	50,00 %

Musik							
6	Bernfried Pröve	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Bernfried E. G. Pröve hat Schulmusik, Orgel und Komposition an der Universität der Künste Berlin studiert. Der gebürtige Braunschweiger ist außerdem als Dozent für Klavier und Komposition an der New Yorker Musischen Akademie Braunschweig tätig.</p> <p><u>Projektname:</u> Konzertreihe „Drei Braunschweiger Kulturfrühstücke“</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Zwischen September und November 2020 sollen die drei Konzerte der Reihe im Haus der Kulturen stattfinden.</p> <p>Die Konzerte werden unter der Leitung von Bernfried Pröve zusammen mit dem multikulturellen "Orchester ohne Grenzen" präsentiert. Das „Orchester ohne Grenzen“ ist ein Zusammenschluss von Profimusikern und Laien. Ziel ist es, über das Zusammenwirken von Musikern aus unterschiedlichen Herkunftsländern die Kulturen der verschiedenen Länder zusammenzubringen und voneinander zu lernen. Dabei bilden Integration, Kommunikation und Respekt einen wichtigen Schwerpunkt der gemeinsamen Arbeit. Es sollen Werke von John Adams, John Cage, Louis Spohr und Bernfried E. G. Pröve zu hören sein sowie traditionelle und zeitgenössische Musik aus der Türkei, aus Bulgarien und Rumänien.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Konzertreihe lässt ein abwechslungsreiches Musikprogramm erwarten, das geeignet ist, Besuchern Kultur und Identität anderer Länder zu vermitteln. Da das Projekt neben musikalischer Vielfalt integrative Aspekte bietet, ist es in besonderer Weise als unterstützenswert anzusehen. Die Förderung erfolgt daher in beantragtem Umfang.</p>	2.600 €	800 €	30,77 %	800 €	30,77 %
7	Gero Wolter	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Gero Wolter ist Jazz- und Poppianist aus Braunschweig. Er ist vierfacher Preisträger des Deutschen Rock- und Pop-Preises.</p> <p><u>Projektname:</u> „KLANG KIRCHE“</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Im Rahmen des Projekts sollen zehn Konzerte in verschiedenen Braunschweiger Kirchen stattfinden, bei denen Gero Wolter plant, neue Kompositionen sowie Werke aus seiner Instrumental-CD „Luce del Cuore“ (dt. „Licht des Herzens“) vorzutragen.</p> <p>Begleitend dazu sollen von Gero Wolter selbst verfasste Texte vorgetragen werden, die sich mit den Themen Ethik, Nächstenliebe und Empathie befassen.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Es sind ansprechende Konzerte mit dem versierten Pianisten Gero Wolter zu erwarten, die durch die vorgetragenen Texte eine zusätzliche Rezeptionsebene erhalten. Die Präsentation in Kirchen bildet zudem einen passenden Rahmen für eine tiefgehende Auseinandersetzung mit in den Texten angesprochenen Themen und Werten. Die Zuwendung wird daher in voller Höhe bewilligt.</p>	11.550 €	5.000 €	43,29%	5.000 €	43,29 %

8	Raumklang-kunst e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Zweck des kürzlich gegründeten Vereins ist die Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere die Pflege der Musik und der Musikkultur einschließlich der Förderung innovativer Formate.</p> <p><u>Projektname:</u> MelaTONin. Ein musikalisch-räumlicher Schlafzyklus</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Im Rahmen des interdisziplinären Konzertformats, das im Spätherbst im Kunstverein Braunschweig und zudem in fünf anderen Städten aufgeführt werden soll, ist vorgesehen, das Publikum musikalisch durch eine Abfolge von Schlafphasen zu führen. Ausführend ist dabei das trio.s, das aus einer Altistin, einer Mezzosopranistin und einer Akkordeonistin besteht.</p> <p>Passend zu den jeweiligen Schlafphasen verbinden sich Volks- und Kunstlieder. Musik, Lyrik und Texte aus der Schlafforschung werden dabei zu einem Gesamtkonzept verwoben, das zudem raumfüllende Videoinstallationen beinhaltet.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Das Konzept des Konzertformats ist durchdacht und verbindet das musikalische Angebot auf spannende Weise mit Themen aus der Schlafforschung. Zudem werden beim Publikum durch die Verbindung mit Texten und Videoinstallationen verschiedene Sinne angesprochen. Die Förderung wird daher wie beantragt gewährt.</p>	60.394,20 €	4.650 €	7,70 %	4.650 €	7,70 %
9	Fernando Mansilla Fuentealba	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Cellist Fernando Mansilla Fuentealba begann seine musikalische Ausbildung in seinem Heimatland Chile und studierte anschließend an der Hochschule für Musik und Theater in Hannover. Im Jahr 2017 hat er das Barockensemble „Miraflores“ gegründet.</p> <p><u>Projektname:</u> Konzertprojekt Barockoper „L'Orione“</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Das Barockensemble „Miraflores“ plant im November die Aufführung der Oper „L'Orione“ in der Aegidienkirche. Das Ensemble besteht aus Instrumentalisten und Sängern, die sich an der Musikhochschule Hannover kennengelernt haben.</p> <p>Bei der Oper handelt es sich um ein Werk des italienischen Komponisten Francesco Cavalli, das von der griechischen Mythologie inspiriert wurde und das selten aufgeführt wird.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Aufführung der Oper fügt sich in das anspruchsvolle musikalische Programm der Kirchengemeinde St. Aegidien ein. Es ist ein qualitativ hochwertiges Musikereignis zu erwarten. Der Zuschuss wird aus diesem Grund in voller Höhe bewilligt.</p>	4.790 €	2.395 €	50,00%	2.395 €	50,00 %

10	Arbeitsgemeinschaft der Musikzüge der Stadt Braunschweig	<p><u>Informationen zur Antragstellerin:</u> Der Arbeitsgemeinschaft gehören insgesamt sechs Musikzüge der Stadt Braunschweig an.</p> <p><u>Projektname:</u> Jahrespauschalzuwendung 2020</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Die Gelder dienen zur Unterstützung der musikalischen Ausbildung, Beschaffung von Notenmaterial, Instandhaltung der Instrumente und für Nachwuchsarbeit/-gewinnung. Die Arbeitsgemeinschaft hat sich in der Vergangenheit durch ihre Arbeit bewährt.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Der Verein leistet einen wichtigen Beitrag zur Traditionspflege und zur Nachwuchsförderung. Die Zuwendung wird daher in beantragter Höhe gewährt.</p>	8.685 €	3.500 €	40,30 %	3.500 €	40,30 %
11	Töne Braunschweigs e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der gemeinnützigen Verein engagiert sich für die Förderung von Kunst und Kultur sowie auf dem Gebiet der Jugendhilfe.</p> <p><u>Projektname:</u> Die GITARRE – Ein Freund zum besseren Kennenlernen</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Der Verein bietet in der Zeit vom 6. September 2020 bis zum 25. Oktober 2020 jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, an einem Gitarrenworkshop unter der Anleitung von Musikern aus dem Vereinsumfeld wie dem Musiker und Musikarrangeur Cengiz Akataş teilzunehmen. Grundkenntnisse sind Voraussetzung für die Teilnahme. Die Teilnehmerzahl ist auf 12 Personen begrenzt.</p> <p>In dem 8 Wochen dauernden Workshop werden jeweils am Sonntag verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit dem Instrument Gitarre thematisiert, z. B. Musiktheorie und Improvisation sowie die Gitarre als Lehrmittel und Liederbegleitung.</p> <p>Zum Abschluss werden die erarbeiteten Ergebnisse digital aufgenommen sowie einem Publikum präsentiert.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Der Verein leistet mit seiner Arbeit einen Beitrag zur Nachwuchsförderung. Den Workshopteilnehmern werden hier über den üblichen Musikunterricht hinausgehende Kenntnisse vermittelt, die wichtige Impulse für eine musikalische Weiterentwicklung bieten können. Das Projekt bietet zudem einen integrativen Ansatz. Die Förderung wird daher in beantragter Höhe gewährt.</p>	4.074 €	1.774 €	43,54%	1.774 €	43,54%

Chorleiter							
Den folgenden Chören wird zur Unterstützung der Finanzierung der Chorleiterhonorare eine Projektförderung bewilligt:							
12	Cantiamo Jugendensemble Braunschweig	2.400 €	170 €	7,08 %	170 €	7,08 %	
13	MGV Waggum e. V.	2.160 €	170 €	7,87 %	170 €	7,87 %	
14	KreisChorVerband Braunschweig e. V.	1.530 €	1.530 €	100,00 %	170 €	100,00 %	
15	Gemischter Chor Watenbüttel	2.340 €	170 €	7,26 %	170 €	7,26 %	
16	Männergesangverein Concordia Wenden von 1875	3.600 €	170 €	4,72 %	170 €	4,72 %	
Kulturelle Projekte							
17	Interkulturelles Forum e. V.	Informationen zum Antragsteller: Der gemeinnützige Verein mit Sitz in Braunschweig engagiert sich für ein friedliches Miteinander einer Stadtgesellschaft, in der zahlreiche Kulturen aufeinandertreffen.	9.200 €	3.000 €	32,61 %	3.000 €	32,61 %
		Projektname: 25-jähriges Jubiläum des Interkulturellen Forums e. V.					
		Projektbeschreibung: Am 18. Oktober 2020 soll in der Brunsviga ein Konzert stattfinden, zu dem bekannte Musiker eingeladen werden sollen. Außerdem wird der vereinseigene Chor auftreten, dessen junge Mitglieder anatolische Volksmusik vortragen. Außerdem findet am 22. November 2020 zum 10. Mal ein türkisch-deutscher Kultur- und Literaturtag im Haus der Kulturen statt, in dessen Rahmen eine Bücherbörse sowohl türkischsprachige Literatur als auch Werke in deutscher Sprache von Schriftstellern mit Migrationshintergrund präsentiert werden. In diesem Rahmen sind zudem Lesungen und Vorträge von Schriftstellern und Dichtern geplant.					
		Entscheidung: Auch zum 25-jährigen Vereinsjubiläum wird wie in jedem Jahr ein Einblick in zeitgenössische Literatur türkischer Autoren vermittelt. Zudem wird ein gemischtes Bühnenprogramm geboten. Da das Projekt in der Vergangenheit für großen Zuspruch gesorgt und sich insgesamt positiv weiterentwickelt hat, wird der Zuschuss wie beantragt bewilligt.					

18	POLDEH e. V. Deutsch-Polnischer Hilfsverein	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Verein führt kulturelle Veranstaltungen durch und engagiert sich darüber hinaus für Wissenschaft und Bildung sowie für Jugend- und Altenhilfe.</p> <p><u>Projektname:</u> Zwischen den Welten 2</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Der Verein beabsichtigt, unter der Leitung der Künstlerin Sophie Delest einen dokumentarischen Kurzfilm zu produzieren, der die 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung noch immer vorhandene Kluft zwischen Ost und West thematisiert. Dabei werden u. a. Aufnahmen des vorab vom Verein durchgeführten Theaterprojekts „Zwischen den Welten“ verarbeitet. Das Stück basiert auf dem Roman „Irene Binz. Befragung“ von Ronald M. Schernikau, in dem dieser seine Mutter Ellen portraitierte und die gemeinsame Flucht aus der DDR thematisierte.</p> <p>Teil des Projekts sind eine erneute Aufführung des Theaterstücks mit anschließender Diskussion sowie ein Interview mit Ellen Schernikau. Aufnahmen davon sollen ebenfalls für den Kurzfilm aufgegriffen und mit zusätzlichen Bildern kombiniert werden. Für die Dokumentation sind zunächst zwei öffentliche Vorführungen mit anschließenden Diskussionen vorgesehen. Die geplanten Veranstaltungen werden voraussichtlich im Kult-Theater stattfinden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Der Verein untersucht ein politisch relevantes Thema und verbindet dieses mit künstlerischen Inhalten. Die Filmvorführungen sowie die in diesem Zusammenhang geplanten Diskussionen versprechen interessante Veranstaltungen. Die Zuwendung wird daher in vollem Umfang gewährt.</p>	4.000 €	2.000 €	50,00 %	2.000 €	50,00 %
19	Kunstverein DALI e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der gemeinnützige Verein wurde im Jahr 2018 gegründet. In den Vereinsräumlichkeiten an der Hagenbrücke werden neben Mal- und Zeichenunterricht für Kinder und Erwachsene musikalische Früherziehung sowie Näh- und Bastelkurse angeboten.</p> <p><u>Projektname:</u> Schattentheater</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Das Projekt soll mit Kindern durchgeführt werden. Dabei werden die Kinder selbst mit Hilfe von Projektoren hinter einem weißen Vorhang aktiv und spielen verschiedene Rollen. Sie werden außerdem bei Auswahl, Gestaltung und Entwicklung des Stücks eingebunden.</p> <p>Die Verteilung von Aufgaben und Rollen richtet sich dabei nach Neigungen und Wünschen der Kinder. Ziel ist es, Kinder an das Theater heranzuführen, individuelle Interessen und Begabungen zu fördern und Ängste oder Schüchternheit abzubauen.</p> <p>Das Stück soll Ende März 2021 in der Brunsviga aufgeführt werden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Heranführung der Kinder an die Kunstform Theater durch das Projekt ist sehr zu begrüßen. Außerdem bekommen die Kinder die Gelegenheit, unter Anleitung eigene Fähigkeiten, Ideen und Visionen zu entwickeln. Das Projekt ist daher unterstützenswert. Es wird wie beantragt gefördert.</p>	9.431,06 €	4.715,53 €	50,00%	4.715,53 €	50,00%

20	Pfarrverband Braunschweiger Süden	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Pfarrverband setzt sich aus den evangelischen Gemeinden Rautheim, Lindenberg, Mascherode, Südstadt, Heidberg, Melverode und Stöckheim zusammen.</p> <p><u>Projektname:</u> Pilgerweg Braunschweiger Süden</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Zwischen den einzelnen Gemeinden des Pfarrverbands soll ein Pilgerwegenetz entstehen. Dabei soll zum einen ein zu Fuß oder mit Fahrrädern nutzbarer Rundweg entstehen, zum anderen soll es weitere Verbindungswege zwischen den einzelnen Kirchen geben.</p> <p>Jedes der Kirchengrundstücke soll mit einer Pilgerbank zum Verweilen ausgestattet werden. Es sind außerdem Infotafeln zum Pilgerweg selbst sowie zu Besonderheiten der einzelnen Kirchengemeinden, wie z. B. einem begehbaren Labyrinth im Heidberg, zu finden. Weiter ist der Druck von 20.000 Flyern geplant, die in den gemeindlichen Schriftenständen eingestellt und evtl. zusammen mit Gemeindebriefen verschickt werden sollen. Die Tafeln sollen außerdem mit einem QR-Code versehen werden, der zu weiteren Informationen führt. Damit diese vor Ort heruntergeladen werden können sollen zudem 8 WLAN-Stationen aufgestellt werden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Es handelt sich um ein sehr engagiertes Projekt, das mehr als förderungswürdig ist, jedoch nicht um ein Projekt, dass aus dem Ansatz der Kulturprojektförderung bezuschusst werden kann.</p>	14.983,96 €	5.000 €	33,37 %	0 €	0,00 %
21	Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH	<p><u>Informationen zur Antragstellerin:</u> Die Gründung der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN wurde 1948 durch den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Volkshochschulen initiiert. Ihre Arbeit zielt u. a. auf die Gestaltung einer demokratischen und sozialen Gesellschaft ab.</p> <p><u>Projektname:</u> Tagung „Holocaustvermittlung in Schule und Erwachsenenbildung“</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Die Antragstellerin stellt eine Tendenz zu zunehmender Akzeptanz gegenüber antisemitischem Gedankengut bis hin zur Holocaust-Verleugnung in den Mittelpunkt des Projekts und legt dabei eine besondere Bedeutung darauf, dass dieses Phänomen u. a. in Schulen zu beobachten sei.</p> <p>Die Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN beabsichtigt, diese Problematik in der Tagung aufzugreifen und unter Beteiligung renommierter Wissenschaftler*innen neue pädagogische Ansätze hinsichtlich der Holocaustvermittlung in Schule und Erwachsenenbildung herauszuarbeiten. Die in den Beiträgen entwickelten Thesen sollen anschließend diskutiert werden, wobei auch für das Publikum die Möglichkeit besteht, sich mit Fragen und Anregungen einzubringen. Die Tagung soll im November im Gewerkschaftshaus in der Wilhelmstraße stattfinden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Bearbeitung dieser wichtigen Thematik ist sehr zu begrüßen. Das Projekt zielt darauf ab, geeignete Bildungs- und Vermittlungsmethoden zu erarbeiten, um antisemitischem Gedankengut und Radikalisierungstendenzen bereits im schulischen Bereich aber auch bei Erwachsenen entgegenzuwirken und ist daher unbedingt unterstützenswert. Die Zuwendung wird aus diesem Grund in beantragter Höhe bewilligt.</p>	10.450 €	3.450 €	33,01 %	3.450 €	33,01 %

22	Spokuzzi e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der dem Umfeld des Braunschweiger Zirkus Dobbolino zugehörige Spokuzzi e. V. ist ein Verein für Sport, Kultur, Zirkus und Zirkuspädagogik und hat sich zum Ziel gesetzt, Zirkus als eigenständige Kunstform zu fördern.</p> <p><u>Projektname:</u> Straßentheater mit der Feuerwehr</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Der Verein möchte mit seinem eigenen nostalgischen Feuerwehrfahrzeug mit Drehleiter ab September 2020 vor Grundschulen, Kindergärten und Altenheimen mit einem Zirkusprogramm auftreten. Dabei dient das Fahrzeug sowohl als Aufhängung für Luftartistiknummern als auch als Kulisse für das Programm.</p> <p>Es sind insgesamt 10 Auftritte vor Fenstern und Balkonen vorgesehen, die jeweils 20 bis 30 Minuten dauern sollen.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Es wird durch die Straßentheaterauftritte ein Zirkusprogramm vorgestellt, das in der Lage ist, Kindern und Erwachsenen in Corona-Zeiten ein interessantes kulturelles Erlebnis zu vermitteln. Es wird daher ein Zuschuss in beantragter Höhe gewährt.</p>	9.960 €	4.960 €	49,80 %	4.960 €	49,80 %
23	Braunschweigische Landschaft e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Verein Braunschweigische Landschaft e. V. initiiert ehrenamtliche Projekte zur Förderung der kulturellen Identität der Region.</p> <p><u>Projektname:</u> Wochenende der Kunst</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Das Wochenende der Kunst soll am 7. und 8. November 2020 an verschiedenen Orten stattfinden. Dabei sollen neben Museen auch kleinere Institutionen beteiligt werden.</p> <p>Das Konzept vom „Wochenende der Graphik“, das in früheren Jahren realisiert worden ist, wird in diesem Jahr erweitert, damit weitere kleinere Initiativen sowie Künstlerinnen und Künstler partizipieren können. Ziel ist u. a. die Vernetzung der unterschiedlichen Teilnehmer.</p> <p>Ein weiterer Schwerpunkt sind Mitmachaktionen für Besucherinnen und Besucher.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Das Veranstaltungskonzept, das entworfen wurde, um die Vielfältigkeit künstlerischer Ausdrucksformen zu präsentieren hat sich in seiner früheren Form bereits etabliert. Die diesjährige Erweiterung des Angebots bietet zusätzliche Anreize für Besucher und Teilnehmer. Die Förderung erfolgt daher in vollem Umfang.</p>	10.000 €	3.000 €	30,00 %	3.000 €	30,00 %

Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung bis 5.000 € im 2. Halbjahr 2020 - Genre Theater

Anlage 2

Die Anträge wurden vom Auswahlgremium für Theaterprojekte beraten. Die Förderungen entsprechen den Empfehlungen des Auswahlgremiums und werden im Folgenden vorgelegt:

Nr.	Antragsteller	Zweck	Gesamtkosten	Antrag		Förderung	
				Antragssumme	Anteil an Gesamtkosten	Vorschlag der Verw.	Anteil an Gesamtkosten
1	Antonie Huff	<p><u>Informationen zur Antragstellerin:</u> Antonie Huff hat einen Masterstudiengang am Institut für performative Künste der HBK Braunschweig absolviert</p> <p><u>Projektname:</u> DIGITALE NAIVE</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> In dem Theaterprojekt soll der Begriff „digital natives“ untersucht werden. Darunter versteht man Menschen, die seit ihrer Geburt mit modernster Technik aufgewachsen sind.</p> <p>Es ist vorgesehen, dass der Begriff sowie daran geknüpfte Erwartungen und Vorurteile durch Jugendliche im Alter von 14 bis 19 Jahren kritisch hinterfragt werden. In diesem Zusammenhang sollen außerdem neue Formen und Inszenierungsstrategien einer Theateraufführung unter Einbindung digitaler Technologien gefunden werden. Die Inszenierung richtet sich an ein intergenerationelles Publikum. Es sollen ab Oktober 2020 Gastspiele in Braunschweig, in Hannover und in Hildesheim stattfinden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> In dem Projekt wird ein aktuell relevantes Thema über einen interessanten Ansatz bearbeitet. Die Auslotung digitaler Grenzen unter Beteiligung von Jugendlichen bietet soziokulturelle Anknüpfungspunkte. Da zudem ein Beitrag zur Nachwuchsförderung geleistet wird, wird eine Zuwendung gewährt. Aufgrund der im Bereich Theater begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel, kann diese jedoch nicht in beantragter Höhe bewilligt werden.</p>	10.000 €	2.500 €	25,00 %	1.660 €	16,60 %
2	agentur T – Lendt/Huene GbR	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Gründungsmitglieder sind Mirja Lendt und Martin von Hoyningen Huene. Der Schwerpunkt liegt auf dem Einsatz von Musik/ Klang in Kombination mit Filmelementen.</p> <p><u>Projektname:</u> Der Drecksclub - zwei Produktionen eines inklusiven Theater- und Musikformates</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Der Drecksclub ein musikalisches Theaterformat, das Masken- und Figurentheater auf humorvolle Art verbindet.</p> <p>Im Dezember 2020 soll zunächst eine Weihnachtsshow stattfinden, in der anhand der Corona-Pandemie der Umgang mit Krisensituationen humorvoll thematisiert werden soll. In der 2. Produktion soll eine musikalisch-theatrale Westernreminiszenz geboten werden, die gängige Klischees wie Duelle, Bandenkriege und Countrymusik ausreizt. Beteiligt ist bei beiden Shows das Theater Endlich, das aus Mitgliedern mit geistiger Beeinträchtigung besteht. Die Aufführungen finden im LOT-Theater statt.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Es handelt sich um ein beliebtes Format mit fester Fanbase, das unterhaltsam ist und zudem einen inklusiven Ansatz beinhaltet. Es wird daher eine Unterstützung gewährt, vor dem Hintergrund begrenzt zur Verfügung stehender Mittel kann die Förderung jedoch nur in reduziertem Umfang gewährt werden.</p>	35.900 €	5.000 €	13,93 %	3.320 €	9,25 %

3	KuKuBi e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Verein fördert seit 2001 Kunst von Menschen mit Beeinträchtigungen. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Arbeit mit dem Theater Endlich, einer Gruppe, die aus körperlich und geistig behinderten Schauspielerinnen und Schauspielern besteht.</p> <p><u>Projektname:</u> Würde - eine Themenreihe mit inklusiven Theaterstücken, Workshops und Aktionen</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Unter dem Oberthema „Würde“ werden von Oktober 2020 bis Mai 2021 Gastkünstlerinnen und -künstler sowie Gastgruppen eingeladen. Außerdem wird u. a. eine Inszenierung vom Theater Endlich für den öffentlichen Raum erarbeitet.</p> <p>Dabei soll vor dem Hintergrund der Corona-Krise untersucht werden, ob aufgrund der Erfahrung mit Einschränkungen Menschen mit Beeinträchtigung größere Empathie entgegengebracht wird. Dabei ist vorgesehen, aus biographischen Informationen Szenen und Choreographien zu entwickeln, die daran appellieren sollen, dass die Menschenwürde nicht nur Gruppen von privilegierten Menschen zusteht.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Es handelt sich um eine etablierte Gruppe, die mit dem Thema Würde eine aktuell relevante Thematik anspricht. Zudem handelt es sich um ein inklusives Projekt. Die Spielreihe ist unterstützenswert, aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel kann die Förderung allerdings nicht in beantragter Höhe erfolgen.</p>	74.850 €	3.000 €	4,01 %	1.990 €	2,66 %
4	Lebenshilfe Braunschweig gGmbH	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Die Lebenshilfe Braunschweig fördert neben der beruflichen Rehabilitation die Teilhabe von geistig, körperlich und seelisch behinderten Menschen am Leben in der Gemeinschaft sowie deren Eingliederung.</p> <p><u>Projektname:</u> JURI - der Traum vom Fliegen</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Die esistsol!company der Lebenshilfe, die aus zehn Menschen mit Beeinträchtigungen und einer Regisseurin/Choreografin besteht, präsentiert ein Tanztheaterstück, das u. a . im LOT-Theater zu sehen sein wird.</p> <p>Im Stück geht es um den Kosmonauten Juri Gagarin, der der erste Mensch im Weltraum war und der danach im Rahmen seiner Ausbildung zum Piloten bei einem Übungsflug ums Leben kam.</p> <p><u>Entscheidung:</u> In der Vergangenheit hat die Lebenshilfe kontinuierlich qualitativ hochwertige Projekte ins Leben gerufen, die auf die Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen abzielen, und damit wichtige soziale Belange gefördert. Auch im vorliegenden Antrag steht der Inklusionsgedanke im Mittelpunkt. Das Projekt ist daher förderungswürdig. Aufgrund des Gesamtantragsvolumens im Bereich Theater und der begrenzt vorhandenen Mittel kann die Förderung jedoch nicht im beantragten Umfang gewährt werden.“</p>	47.235 €	500 €	1,06 %	330 €	0,70 %

5	Theater Grand Guignol GbR	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Das Theater Grand Guignol wurde von der Schauspielerin Katharina Binder und dem Regisseur und Autor Simon Paul Schneider gegründet.</p> <p><u>Projektname:</u> Theater Grand Guignol 2.0</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Katharina Binder und Simon Paul Schneider haben seit 2018 im Braunschweiger Lindenhof das Konzept des Pariser Theaters Grand Guignol (übersetzt „großer Kasper“) wiederaufgenommen das mit einer Mischung aus Horror und Komik, insbesondere am Anfang des 20. Jahrhunderts, große Erfolge feierte.</p> <p>Gegenstand des Projekts ist das dritte Stück des Ensembles, das sich mit dem Thema „Frauen als Täterinnen“ befasst. Es ist geplant, anhand von Biographien weiblicher Gewalttäterinnen zu erforschen, welche Umstände zu Gewalttaten führen. Es soll in diesem Rahmen auch eine Auseinandersetzung mit den Rollenbildern von Frauen in der Gesellschaft erfolgen.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Mit dem Lindenhof wurde ein neuer Ort für junges Theater etabliert. Die ersten beiden Inszenierungen des Theaters Grand Guignol haben durch innovativen Ansatz und hohe Qualität bereits auf sich aufmerksam gemacht und Strahlkraft über Braunschweig hinaus entwickelt. Für das Projekt wird daher eine Förderung gewährt, die allerdings in Anbetracht des Antragsvolumens im Bereich Theater vor dem Hintergrund begrenzt zur Verfügung stehender Mittel nicht in vollem Umfang erfolgen kann.</p>	37.656,86 €	5.000 €	13,28 %	3.320 €	8,82 %
6	Michael Prakash	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der deutsch-indische Künstler Michael Prakash hat an der HBK Braunschweig studiert und betätigt sich in den Bereichen Theater, Performance, Kunst und Film. Er hat als Mitglied des Vereins GRINS e. V. verschiedene Theaterprojekte ins Leben gerufen.</p> <p><u>Projektname:</u> Psychotische Träume</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Das Stück „Psychotische Träume“ erzählt die Geschichte eines jungen Menschen, der an paranoider Schizophrenie erkrankt ist. Das Projekt zielt darauf ab, eine Einsicht in das persönliche Empfinden erkrankter Personen zu ermöglichen und mit Vorurteilen aufzuräumen.</p> <p>Es ist geplant, verschiedene Elemente, z. B. Videos, Geschichten, Tanzeinlagen, Zeremonien und interaktive Formate auf der Bühne in Assoziationsketten aneinanderzuhängen. Das Stück soll im November im LOT-Theater aufgeführt werden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Michael Prakash hat ein Thema aufgegriffen, das gerade in der heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Aufgrund seiner bisherigen Arbeit zusammen mit dem GRINS-Verein ist eine hohe Qualität des Stücks zu erwarten. Es wird daher eine Zuwendung gewährt. Aufgrund der begrenzt vorhandenen Mittel ist jedoch eine Reduzierung der Antragssumme vorzunehmen.</p>	11.560 €	4.725 €	40,87 %	3.140 €	27,16 %

7	Martin Huber	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Martin Huber hat an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz Schauspiel studiert und ist seit 1994 zunehmend auch als Regisseur, Autor und Produzent in der Freien Theaterszene tätig.</p> <p><u>Projektname:</u> Ein Stück weit – eine Liebeskomödie</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> In dem Zwei-Personen-Stück sollen auf unterhaltsame Weise Gedankenspiele auf spielerischer Ebene dargestellt werden.</p> <p>Dabei entstehen Geschichten aus Begegnungen, die unterschiedliche Beziehungsebenen berühren und sich in letzter Konsequenz um das Sein an sich bewegen bzw. dieses in Frage stellen.</p> <p>Die Premiere soll im Januar 2021 im Kult-Theater stattfinden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Martin Huber ist bekannt für die hohe künstlerische Qualität seiner Arbeit. Die Bearbeitung von gedanklichen Prozessen bietet zudem einen spannenden, philosophischen Ansatz. Das Projekt wird daher gefördert, die Gewährung einer Zuwendung in beantragter Höhe ist jedoch aufgrund des begrenzten Budgets im Bereich Theater nicht möglich.</p>	6.248 €	3.000 €	48,02 %	1.990 €	31,85 %
Der folgende Antrag wurden aus formalen Gründen abgelehnt (z. B. Antragstellung nach Fristende, Projektumsetzung ohne Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns):							
8	Angela Vorwerk	<p><u>Projektbezeichnung:</u> Alles Fleisch/Berliner Compagnie (vorzeitiger Maßnahmebeginn ohne Genehmigung)</p>	5.600 €	2000 €	35,71 %	0,00 €	0,00 %

Betreff:

Tagung des Arbeitskreises der Kulturdezernenten des Deutschen Städtetages

Organisationseinheit:

Dezernat IV
41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft

Datum:

03.09.2020

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

11.09.2020

Status

Ö

Sachverhalt:

Der Arbeitskreis der Kulturdezernentinnen und Kulturdezernenten des Deutschen Städtetages tagt als einer von insgesamt 16 Fachausschüssen zweimal jährlich, um den kulturellen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern herzustellen und die kulturellen Interessen der Städte gegenüber dem Bund und den Ländern zu vertreten. Der Kulturausschuss besteht derzeit aus 47 Mitgliedern und 9 ständigen Gästen.

In diesem Jahr ist Braunschweig die gastgebende Stadt für die zweitägige Sitzung des Arbeitskreises am 17. und 18. September 2020.

Es werden nach Auskunft aus dem Dezernat für Bildung, Kultur, Sport und Gleichstellung des Deutschen Städtetages 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu der Tagung erwartet.

Im Zentrum des Austausches werden Fragen zu den Folgen der Corona-Pandemie für den Kulturbereich, das „Festjahr 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich, Modelle partizipativer Kulturpolitik, Digitalisierung etc. stehen.

Die gastgebende Stadt Braunschweig wird im Rahmen einiger Führungen im Rahmen der begrenzt verfügbaren Zeit vorgestellt.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Betreff:
Neuplanung Städtische Musikschule - Antworten auf den Fragenkatalog der Verwaltung zum Konzeptpapier von AfKW-Bürgermitglied Dr. Eckhardt

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	<i>Datum:</i> 04.09.2020
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	11.09.2020	Ö

Sachverhalt:

1. Beschluss

Die Verwaltung hat am 18.06.2019 die Beschlussvorlage „Zukunftskonzept für die Städtische Musikschule Braunschweig“ (Drs.-Nr. 19-10104) dem Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt. Mit diesem Beschluss wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, auf Basis des inhaltlichen Konzeptes „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum `Zentrum für Musik`“ die finanziellen und räumlichen Planungen voranzutreiben und dem Rat konkrete Realisierungsvorschläge, möglichst innerstädtisch, zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Projektgruppe „Bauliche Entwicklung in der Innenstadt“

Es wurde eine verwaltungsinterne AG eingerichtet, die Projektgruppe „Bauliche Entwicklung in der Innenstadt“. Mit Drucksache Nr. 20-12971 hat die Verwaltung dem AfKW, dem Planungs- und Umweltausschuss, dem Schulausschuss sowie dem Stadtbezirksrat 131 mitgeteilt, dass eine Prüfung des Geländes Großer Hof, bezüglich der Umsetzungstauglichkeit eines Gesamtprojektes zusammen mit Schul- und Wohnnutzung, durch ein Planungsbüro beauftragt werden wird. Hierfür sollen die im Haushalt eingestellten Musikschul-Planungsmittel genutzt werden. Inzwischen hat es ein Gespräch mit dem Planungsbüro Farwick und Grote gegeben. Der Auftrag wurde erteilt. Der Planungsauftrag umfasst auch die Prüfung, ob auf dem Grundstück eine Erweiterung des bisherigen Probesaals zu einem Konzertsaal möglich wäre. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

3. Engagement Herr Dr. Eckhardt und Herr Ptok

In Folge des VA-Beschlusses wurden von Herrn Dr. Eckhardt zahlreiche Gespräche, unter anderem mit den Fraktionen des Rates, geführt und der Verwaltung ein Konzept für ein „Haus der Musik“ zugeleitet.

Zusammenfassung des Konzeptpapiers:

- Der Grundansatz fußt auf dem Konzeptpapier der Verwaltung, das die Grundlage für die städtische Beschlusslage, ein Zentrum für Musik mit der Musikschule als zentralem Modul zu errichten, bildet. Das Zentrum für Musik müsste, basierend auf der städtischen Berechnung, eine Netto-m²-Fläche von 3.000-3.500 m² aufweisen. Hierin enthalten wäre ein kleiner Konzertsaal (199 Personen/400 m²), der den

Anforderungen der Städtischen Musikschule genügen würde. (Finanzierungsvolumen ca. 18 Mio. €).

- Das neue Konzept von Herr Dr. Eckhardt und Herr Ptok nimmt das beschlossene Grundkonstrukt der Verwaltung auf und ergänzt es um zwei Varianten. In einer ersten Ausbaustufe, im Sinne eines sog. „Hauses der Musik“, mit zusätzlichen Mietgeschäft für die Kulturszene, Bildungsformaten u. ä. hätte dieses sog. „Haus der Musik“ einen Konzertsaal für 600 Personen/1.325 m² (Finanzierungsvolumen ca. 30,7 Mio. €).
- In einer zweiten, größer dimensionierten Variante hätte das sog. „Haus der Musik“ einen größeren Konzertsaal für 1.200 Personen/2.255 m². Hierin sollte auch das Staatsorchester Braunschweig seine neue Spielstätte finden. Dieses Konstrukt soll dann „Erlebnisraum Musik“ heißen (Finanzierungsvolumen ca. 37,6 Mio. €).
- Das Finanzierungskonzept der großen Variante sieht vor, dass die Stadt Braunschweig einen Mietkostenvorschuss i. H. v. 8 Mio. € und zusätzlich einen Baukostenzuschuss i. H. v. 3 Mio. € als Grundstock einbringen soll. Weitere Investoren wie Stiftungen bzw. Spenden sollen weitere 10 Mio. € einbringen. Der Rest soll über Kredite im Umfang von 16 Mio. € finanziert werden. Die Stadt Braunschweig soll zudem langfristige Mieterin mit ca. 295.000 € Jahresmiete sein.

4. Fragenkatalog an die Initiatoren

Die Verwaltung hat daraufhin Herrn Dr. Eckhardt und Herrn Ptok ein Schreiben zukommen lassen und darin gebeten, Fragen rund um das von ihnen eingereichte Konzept zu beantworten. Den Fraktionen ist der Fragenkatalog ebenfalls mit der Drs.-Nr. 20-13708 zugegangen.

Herr Dr. Eckhardt und Herr Ptok haben auf die Fragen am 24.08.2020 geantwortet. Wir haben das Antwortschreiben zunächst an FB 65 Hochbau und Gebäudemanagement zur Prüfung weitergeleitet.

Zudem ist beispielsweise offen geblieben, wie ein Trägerschaftsmodell oder wie die genauen Parameter der Vermietung aussehen würden.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Antwortschreiben von Herrn Dr. Eckhardt und Herrn Ptok



Volker Eckhardt
Breitscheidstr. 16
38116 Braunschweig

volker.eckhardt@t-online.de

TOP 3.4
Frank Ptok
Baumschulenweg 34
38104 Braunschweig

f.ptok@posteo.de

Anlage „Beantwortung Ihrer Fragen“

Sehr verehrte Frau Dr. Hesse,

in Bezug auf Ihr Schreiben vom 16.6.2020 beantworten wir Ihre Fragen zu unserem Papier „Weiterentwicklung des Zentrums für Musik zu einem Erlebnisraum Musik“ wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- 1) *Auf welcher baufachlich geprüften Berechnungsgrundlage sind die im Konzept genannten Zahlen, Kosten und Flächen, für die über das städtische Konzept hinausgehenden Stufen, entwickelt worden bzw. welche baulichen Kenngrößen für die zugrunde gelegten Standards wurden verwendet?*
- 2) *Welche betriebs- und finanzwirtschaftlichen Prüfungen wurden zur Umsetzungstauglichkeit der gemachten finanziellen Grundannahmen vorgenommen und wurde deren Schlüssigkeit von Prüfern bestätigt? (Höhe der Miete, Wirtschaftlichkeitsprüfung, etc.)*

Wir haben unseren Betrachtungen zwei Dokumente der Stadtverwaltung zugrunde gelegt:

- a) Die Städtische Musikschule Braunschweig auf dem Weg zum „Zentrum für Musik“, Hrsg. Dezernat für Kultur und Wissenschaft, Braunschweig 2018
- b) 19-10874-01 Mitteilung außerhalb von Sitzungen, Kostenberechnung für einen Neubau der Städtischen Musikschule, Dezernat III, 65 Fachbereich Hochbau und Gebäudemanagement vom 16.09.2019

In a) ist in Kapitel V. ein „Zukünftiger Grundbedarf an Nutzungsflächen“ mit 95 Räumen und 3035m² definiert.

In b) werden dafür ca. 18 Mio. € (3965 €/m², 30% Abweichungsbreite) Erstellungskosten angegeben. Dies bezog sich auf 1035 m² Nutzfläche für Veranstaltungen und 1860 m² Nutzflächen für den Unterrichtsbereich sowie eine zu bauende Bruttogrundfläche von insgesamt ca. 4540 m².

Damit wurden von der städtischen Verwaltung die Raumstruktur, die Nettoflächen, die Richtwerte für Erstellungskosten pro Quadratmeter sowie die Zuschlagskennziffern für Nutzflächen vorgegeben.

Auf Basis dieser Angaben haben wir das Verhältnis von „Verkehrsfläche + Technik“ und „Konstruktionsfläche“ und „Nutzfläche“ bestimmt und für unsere weitere Kalkulation zugrunde gelegt.

Für die beiden Ausbaustufen haben wir jeweils den weiteren Raumbedarf definiert und die von der Verwaltung vorgegebene Zuschlags- bzw. Kalkulationslogik angewendet.



Der Flächenbedarf für den Veranstaltungsbereich wurde auf Basis der Kennzahlen der Braunschweiger Stadthalle und des Konzerthauses Berlin angesetzt.

In *Abbildung 5: Nutzflächen der Ausbaustufen mit grober Kostenschätzung* auf Seite 19 unseres Papiers sind jeweils die weiteren frei mietbaren Unterrichts- und Probenräume mit ihren Größen aufgeführt.

Alle Zahlen wurden von einem in der Immobilienwirtschaft erfahrenen Banker als zulässige Grundannahmen bezeichnet.

Ob die 22 frei vermietbaren Räume, die für das Haus der Musik angesetzt sind, in Anzahl und jeweiliger Größe (Seite 21) richtig gewählt sind, ist natürlich noch zu diskutieren. Die erzielbare Miete für diese Räume wurde anhand von Vergleichsmieten anderer Anbieter und einer Überschlagsrechnung (auch Seite 21) geprüft.

Fragen 3 und 4:

3. *Auf welcher Annahme beruht die Erwägung, dass die Stadt Braunschweig bereit sein könnte, einen Mietkostenvorschuss und einen Baukostenzuschuss i. H. v. 11 Mio. € zu geben und zusätzlich langfristige Ankermieterin i. H. v. ca. 295.000 €/Jahr zu sein, ohne am Ende Eigentümerin des Gebäudes zu werden?*
4. *In welcher rechtlichen Organisationsstruktur soll das Konstrukt in den Konzern Stadt Braunschweig integriert werden, bzw. worüber soll die finanz- und immobilienwirtschaftliche Steuerung der Stadt erfolgen?*

Wie alle Vorschläge in unserem Papier sind auch die hier aufgeführten Zahlen Ideen, die auf „vernünftigen Grundannahmen“ beruhen und die zu diskutieren, weiterzuentwickeln oder auch zu verwerfen sind.

Folgende Grundannahmen haben uns zu diesen Zahlen geführt:

- a) Wie in der Drucksache 20-13708 ausgeführt wird, besteht allein für das Gebäude Magnitor eine Investitionsnotwendigkeit von ca. 1,6 Mio. Euro, um das Gebäude betriebsfähig zu halten. Ähnliche Summen sind sicherlich auch für das Gebäude am Augusttor zu veranschlagen.
- b) Fachleute haben den Wert der Immobilien Augusttor und Magnitor mit mindestens 3 Mio. geschätzt.

Davon ausgehend haben wir angenommen, dass die Stadt für beide Gebäude 3 Mio. Euro als gesparte Instandhaltung in eigentlich abgängige Immobilien und den Erlös von ebenfalls 3 Mio. der nicht mehr benötigten Immobilien in das Projekt einbringen kann.

Eine Mietkostenvorauszahlung schlagen wir als ein mögliches Finanzierungsinstrument vor, weil diese die Finanzierung des Projektes günstig beeinflussen und zudem die Haushaltsbelastung der Stadt in den Folgejahren vermindern würde (in *Abbildung 7* berücksichtigt bei dem Ansatz des Mietpreises für die Musikschule).

Eine Realisierung des Projektes Zentrum für Musik würde die Stadt nach der schon zitierten Drucksache 19-10874-01 Kostenberechnung für einen Neubau der Städtischen Musikschule mit ca. 18 Mio. Euro unmittelbarer Liquidität belasten. Ein Projekt Haus der Musik nach unseren Vorschlägen durch eine externe Realisierung „nur“ mit 11 Mio. Euro.



Ihrer Frage liegt letztendlich die immer zu stellende Frage „Make or Buy“ zugrunde. Soll die Stadt selbst bauen und betreiben oder soll sie die Aufgaben vergeben? Das ist neben der wirtschaftlichen Betrachtung auch eine Frage der städtischen Planungs- und Umsetzungskapazitäten und vor allem eine politische Entscheidung: Inwieweit wird mit einer Vergabe auch Einfluss aus der Hand der verantwortlichen Ämter und der Politik gegeben? Wie kann dieser Einfluss auch bei einer Vergabe sichergestellt werden?

Vor diesem Hintergrund lautet unser Vorschlag, dass in Politik und Verwaltung dies ganz konkret in Bezug auf das Haus der Musik diskutiert wird und die **Anforderungen** an eine gute Lösung zusammengetragen werden. Damit kann dann danach mit Fachleuten ein Konstrukt aus dem Lösungsraum, wie er in unserem Papier auf Seite 17ff dargestellt ist, gefunden werden. Auch die Finanzierungsfrage bzw. die implizite Frage „Bezahlen wir nicht alles doppelt?“ wird damit transparent beantwortet werden.

Fragen 5 und 6:

5. *Welche externen Partner stehen überhaupt und in welcher Größenordnung für eine gemeinsame Umsetzung zusammen mit der Stadt Braunschweig zur Verfügung?*
6. *Liegen belastbare, ggf. sogar schriftliche Zusagen von potenziellen externen Finanzierungspartnern für die Konzeptumsetzung vor?*

Wir führen mit mehreren in der Braunschweiger Immobilien- und Finanzwirtschaft verankerten Firmen und Institutionen informelle Gespräche. Dabei möchten wir explizit betonen, dass wir nicht als Verhandlungspartner auftreten wollen und werden, weil wir nicht Vertragspartner sein werden. Die von uns in diesem Rahmen geführten Gespräche haben Sondierungscharakter und sollen dazu dienen, Informationen auszutauschen und für die Sache zu werben.

Um von potenziellen externen Finanzierungspartnern konkrete Absichtserklärungen zu erhalten, muss aus unserer Sicht ein klares Signal von Politik und Verwaltung gesendet werden, ob und wie weit über das beschlossene Zentrum für Musik hinaus weitere Inhalte gewünscht sind.

Ganz grundsätzlich haben wir mit Bezug auf unser Papier von der Braunschweigischen Landessparkasse schriftlich die Aussage erhalten, dass der Vorstand das Konzept für interessant und weiter verfolgenswert hält. Die BLSK ist bereit, insbesondere als Impuls- und Ratgeber bei der Detaillierung der Konzeption zu unterstützen. Die Expertise der Braunschweigischen Landesbank zu betriebswirtschaftlichen Betrachtungen und Finanzierungsgestaltungen soll mit eingebracht werden. Außerdem sieht sich die BLSK als Ansprechpartner für die Finanzierung.

Bei weiteren Gesprächspartnern konnten wir mit dem Thema Erlebnisraum Musik großes Interesse wecken. Unserer Einschätzung nach bedarf es auch an dieser Stelle Impulse aus Politik und Verwaltung, um hier konkretes Engagement zu erzeugen.



Volker Eckhardt
Breitscheidstr. 16
38116 Braunschweig

volker.eckhardt@t-online.de

TOP 3.4
Frank Ptok
Baumschulenweg 34
38104 Braunschweig

f.ptok@posteo.de

Fragen 7 und 8:

7. Wurde geprüft, ob ein Grundstück über die ausreichenden Kapazitäten verfügt, um das Konzept umzusetzen?
8. Sind die Kosten für umfangreiche Einstellplatzanforderungen bei einem Konzertsaal für 1.200 Personen ermittelt und einkalkuliert worden?

In der Mitteilung 20-12971 vom 5.3.2020, Sachstand Großer Hof, Dezernat III, 61 Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz wird angekündigt, dass die Verwaltung das Areal Großer Hof auch für die Errichtung des Zentrums für Musik prüft. Diesen Sachstand haben wir auf Seite 6 unseres Papiers berichtet.

Wir halten dieses Vorgehen der Verwaltung für außerordentlich positiv und sachdienlich, insbesondere weil das Grundstück auch nach Aussagen eines Architekten genug Fläche auch für einen Erlebnisraum Musik mit Konzerthalle vorhält.

Das Areal Großer Hof bietet sich vorzüglich als Lage für ein Haus der Musik an. Es ist innerstädtisch gelegen und bietet sehr vielen Schülern die Möglichkeit, es zu Fuß, per Rad oder über den Hagenmarkt auch per ÖPNV zu erreichen. Außerdem liegt es in direkter Nachbarschaft zu weiteren musikalischen Zentren wie der Katharinen- und der Andreaskirche sowie der Jugendherberge.

Die Parkplatzproblematik wurde in unseren Gespräch mit Fachleuten angesprochen und als lösbar angesehen, weil das Areal Großer Hof hier keinerlei Nachteile gegenüber anderen Standorten wie das Große Haus des Staatstheaters oder die VW-Halle hat und zudem eine Reihe von Parkhäusern in unmittelbarer, fußläufiger Nachbarschaft erreichbar sind. Die hervorragende Erreichbarkeit über den ÖPNV und mit dem Fahrrad muss in dem Zusammenhang noch einmal betont werden, insbesondere weil die absehbare Entwicklung in der Mobilitätstechnologie auch weitere Lösungsansätze zur Verfügung stellen wird.

Im Rahmen der Stadt- und Quartiersentwicklung wäre ein Haus der Musik in sämtlichen Ausprägungen ein Glücksfall für den Großen Hof. Die hohe Publikumsfrequenz und eine dem Thema angepasste Gastronomie würde das Gebiet beleben. Der Bereich mit den existierenden Platanen könnte zu einem Mikropark umgestaltet werden und ein besonderes Flair in das Gebiet bringen.

In der Pressemitteilung der Stadt zu der Studie „Kreative Orte und Räume, Kultur- und Kreativwirtschaft in Braunschweig – Strukturmerkmale, Perspektiven und Handlungskonzept“, die die Stadt Braunschweig zusammen mit der Metropolregion erstellt hat, heißt es: *"Damit die kreativen Quartiere ihr Potenzial entfalten und einen positiven Einfluss auf Wirtschaft, Kultur und Stadtleben ausüben können, sollten sie der Studie zufolge gezielt gefördert und in städtebauliche Projekte eingebunden werden. So benötige die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) ein möglichst differenziertes Raum- und Immobilienangebot, das beispielsweise Räume zur kurzzeitigen und experimentellen Nutzung beinhaltet."* Genau das ist im Bereich der Musikkultur das Konzept des Hauses der Musik.

Eine Eigenschaft der Liegenschaft Großer Hof muss allerdings bewusst sein: Auch wenn ein Haus der Musik sich zur Reichsstraße hin öffnen wird, ermöglicht die Lage kein repräsentatives Entree. Das kann im Sinne einer lebendigen Kreativsituation aber auch so gewollt sein.

In Anlehnung an die neue Überbauung der Kurt-Schuhmacher-Straße an der Ecke zur Ottmerstraße würde städtebaulich ein größerer Auftritt gestaltet werden können und die Einbeziehung von



Volker Eckhardt
Breitscheidstr. 16
38116 Braunschweig

volker.eckhardt@t-online.de

TOP 3.4
Frank Ptok
Baumschulenweg 34
38104 Braunschweig

f.ptok@posteo.de

Viewegsgarten könnte noch ganz andere Möglichkeiten eröffnen. Allerdings wird hier ein anderer Zeithorizont notwendig sein, der nicht zu den aktuellen Projektvorstellungen passt.

Fragen 9 und 10:

9. *Inwieweit sind Planungskosten vor dem Hintergrund eines professionellen Konzertsaaes einkalkuliert?*
10. *Inwieweit sind die Herstellungskosten für akustische Voraussetzungen und bauliche Maßnahmen für einen professionellen Konzertsaal bereits in das aufgerufene Kostenvolumen eingerechnet? Diese Prüfung und Kostenermittlung bzgl. der hohen raumakustischen Standards ist relevant für die im Konzeptpapier von Herrn Dr. Eckhardt unterstellte zukünftige Nutzung durch das Staatsorchester Braunschweig.*

Eine unserer Grundannahme ist, dass der Konzertsaal von seiner Bauform her und in seiner Grundsubstanz schon eine gute Akustik mitbringt. Architekten haben uns bestätigt, dass der von der Stadt vorgegebene Kostenfaktor von ca. 4000 Euro pro Quadratmeter dafür eine gute Grundlage darstellt.

Um diese Annahmen abzusichern, wäre es aus unserer Sicht zu empfehlen, dass zusammen mit einem erfahrenen Büro eine Vorwärts-/Rückwärts-Kalkulation aufgestellt wird: Ausgehend von den Anforderungen („vorwärts“) Bühnengröße, Personenzahl sitzend/stehend, multifunktionale / technische / kapazitive Flexibilität wird eine Kostenstruktur aufgestellt, die („rückwärts“) ausgehend von einer einfach beherrschbaren Akustik und damit Kostenstruktur zu den vorher genannten Größen kommt. Die Ergebnisse werden dann durch Variation der Annahmen zu einem Optimum geführt.

Wichtig für die Auslegung der Konzerthalle wird sein, ob der Schwerpunkt der Konzerthalle im Bereich der Kammermusik bis hin zu Konzerten mit 800 bis 1000 Besuchern liegen soll oder ob das Staatsorchester dort zu Haus sein und Symphoniekonzerte aufführen wird. Vor dem Start von Detailplanungen sollte dieser Punkt geklärt sein.

Frage 11:

11. *Gab es mit dem Staatstheater Braunschweig bereits einen Austausch über das Konzept, der zu der Annahme berechtigt, dass eine langfristige verbindliche Nutzung eines professionellen Konzertsaaes durch das Staatsorchester für die Theaterdirektion vorstellbar wäre?*

Im Rahmen unserer Gespräche haben wir uns mit der Generalintendanz des Staatstheaters, dem Orchesterdirektor und auch mit dem Orchestervorstand ausgetauscht. Alle Seiten stehen der Grundidee eines Hauses der Musik mit Konzerthalle positiv gegenüber. Sollte ein Konzertsaal entstehen, der den logistischen und akustischen Bedürfnissen des Staatsorchesters entspricht, wäre das Staatstheater bereit, eine Verlegung der Konzerte in Erwägung zu ziehen.



Volker Eckhardt
Breitscheidstr. 16
38116 Braunschweig

volker.eckhardt@t-online.de

TOP 3.4
Frank Ptok
Baumschulenweg 34
38104 Braunschweig

f.ptok@posteo.de

Frage 12:

12. *Inwieweit ist die Stadthallen GmbH bzgl. erwartbarer Einnahmeverluste durch die potenziell fehlenden Sinfoniekonzerte in diese Planungen eingebunden worden?*

Mit der Geschäftsführung der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH wurde ein Gespräch geführt, in dem die Verlagerung der Symphoniekonzerte des Staatsorchesters und die Neuausrichtung der Stadthalle am Veranstaltungsmarkt auch im Zusammenhang mit dem Hotelneubau thematisiert wurde. In diesem Rahmen wurde auch die Betriebsführung der neuen Konzerthalle durch die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH angesprochen. Dabei wurden Möglichkeiten identifiziert, Synergieeffekte zwischen VW-Halle, Stadthalle und Haus der Musik/Konzerthalle zu entwickeln.

Es herrschte Einigkeit, dass die Gespräche nach einer grundsätzlichen Richtungsentscheidung intensiviert werden müssen.

Frage 13:

13. *Wurde das Musikschulkollegium und ggf. die Elternvertretung bzgl. des neuen Konzepts in die Planung einbezogen und wie stellten sich ggf. die Rückmeldungen dar?*

Nach Aussage des Leiters der städtischen Musikschule wurde das Kollegium im Vorfeld der Konzepterstellung zum Zentrum für Musik inhaltlich eingebunden. Über die weitere Entwicklung und das Konzept zu einem Erlebnisraum Musik wurde das Kollegium auf der Gesamtkonferenz am 14.7.2020 informiert. Dass Echo haben wir als grundsätzlich positiv wahrgenommen. Dem Kollegium war außerdem, wie allen Bürgern der Stadt, die Homepage www.hausdermusik-braunschweig.de mit allen Konzepten und Papieren zu jeder Zeit frei zugänglich.

Die Elternvertretung sowie die Mitglieder des Konzert- und Fördervereins haben sich sehr positiv zu den Plänen des Hauses der Musik und zum Erlebnisraum Musik geäußert. Insbesondere die freie Zugänglichkeit von Probenräumen wird als außerordentlich positiv angesehen, weil es im Vorfeld von Jugend Musiziert und anderen Wettbewerben oder Meisterkursen immer zu der Problematik kommt: „Wo können wir proben?“

Wörtlich schreibt uns die Elternvertretung:

Die Elternvertretung der Städtischen Musikschule Braunschweig begrüßt die Idee „Haus der Musik“. Da gerade jüngere Kinder von den Eltern und kleinen Geschwistern auf dem Weg zum Unterricht begleitet werden, ist ein barrierefreies Gebäude wünschenswert. Zudem haben dann auch Menschen mit Behinderungen die Option, das Angebot der Musikschule wahrzunehmen.

Da unsere Kinder nicht nur allein, sondern auch mit anderen Schülern gemeinsam Musik in kleinen Gruppen machen, ist auch gemeinschaftliches Proben erforderlich.



Volker Eckhardt
Breitscheidstr. 16
38116 Braunschweig

volker.eckhardt@t-online.de

TOP 3.4
Frank Ptok
Baumschulenweg 34
38104 Braunschweig

f.ptok@posteo.de

Derzeit ist es häufig schwierig, einen geeigneten Ort für Proben der Projekt- Ensembles zu finden. Durch die stundenweise Vermietung von Probenräumen im Haus der Musik wäre eine Möglichkeit zum Proben der Musikschüler miteinander gegeben. Das würde die Vorbereitung auf Auftritte und Wettbewerbe verbessern.

Derzeit gibt es für den Unterricht einiger Instrumente lange Wartelisten. In einer neuen Musikschule mit einer größeren Anzahl an Räumlichkeiten könnte der Unterricht der Nachfrage angepasst werden. Damit hätten mehr Kinder die Chance, ein Instrument spielen zu lernen.

Mit dem Haus der Musik gäbe es zukünftig für die musikalische Entwicklung unserer Kinder mehr Möglichkeiten.

Elternvertretung der Städtischen Musikschule Braunschweig

Fragen 14 und 15:

14. *Gibt es eine Statistik und zuvor durchgeführte Abfragen, welche Institutionen wie viel Räumlichkeiten wofür anmieten würden?*
15. *Liegt eine Analyse für das Konzertgeschehen in der Stadt vor, auf deren Grundlage die Vermietungsoptionen und deren Wirtschaftlichkeit basieren?*

Im Rahmen von Expertengesprächen haben wir die Marktlage für vermietbare Probenräume erkundet. Die Ergebnisse waren so ermutigend, dass wir das ins Konzept aufgenommen haben. Da dieser Bereich sich selbst tragen sollte, muss dafür ein Business Case noch erstellt werden.

In der Zwischenzeit hat der DTKV Braunschweig (Deutscher Tonkünstler Verband) seine Mitglieder über die Idee eines Hauses der Musik unterrichtet und eine Umfrage gestartet, inwieweit mietbare Unterrichtsräumlichkeiten für die organisierten Musikpädagogen interessant sind und genutzt würden. Die Ergebnisse stehen noch aus.

In der Mitteilung 20-13708 „Neuplanung Städtische Musikschule in Reflektion auf das Konzeptpapier ...“ vom 18.06.2020 wird vom Fachbereich 41 folgendes bestätigt: „In der Stadt Braunschweig fehlt es trotz der Sanierung der Stadthalle an einem zeitgemäßen, multifunktionalen und modular nutzbaren Konzertsaal für verschiedenartige musikalische Formate – u. a. auch mit hochwertigen akustischen Ansprüchen. ...“

Im Weiteren wird ausgeführt, dass ein solcher Saal „nach Analysen der Verwaltung mit einem Zuschauerfassungsvolumen von 800 bis 1.000 Sitzplätzen (= ca. 1.600 Stehplätze) ausgestattet sein (müsste)“.

Ein noch größerer Saal (1000/1200 Besucher) hängt unbestritten an der Zusage des Staatsorchesters, hier einziehen zu wollen bzw. an einer zu führenden Kapazitätsdiskussion mit dem Staatsorchester.

Betreff:

Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.07.2020

Beratungsfolge:

		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.07.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.07.2020	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

- „1. Die Verwaltung untersucht und bewertet die Liste der Denkmäler in der Stadt Braunschweig. Dazu erfolgt eine Erläuterung bzw. historische Darstellung des jeweiligen Denkmals unter den Gesichtspunkten unbedenklich, bedenklich / kritisch / belastet.
2. Die so bewertete Liste der Denkmäler wird in einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt und diskutiert.
3. Die von Bürger*innen und Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse werden dem Rat vorgelegt, der abschließend über das weitere Verfahren mit den Denkmälern im Einzelfall entscheidet.“

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung vom 17.06.2020 erschienen umfangreiche Berichte über die Behandlung von fragwürdigen Denkmälern in Braunschweig. „Im Zusammenhang mit der brutalen Tötung des US-Amerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten wackeln die Denkmäler,“ heißt es. „Weltweit wird über Standbilder, Orts- und Straßennamen debattiert, die noch heute das Andenken an Sklavenhändler und -halter, Entdecker, Imperialisten, Kolonisten und Rassisten hochhalten. Auch in unserer Region stehen Ehrenmäler für die deutsche Kolonialherrschaft, die in Afrika Zigtausende Menschen das Leben kostete.“

In den Berichten aufgeworfen wird die Frage nach einem angemessenen Umgang mit diesen Denkmälern. Für einen kreativen Umgang mit historisch belasteten Denkmälern plädiert Historiker Jürgen Zimmerer in der Zeitung. Kulturstaatsministerin Grütters (CDU) wird dahingehend zitiert, dass es Gründe geben kann, Denkmäler zu demontieren. Diesem „Bildersturm“ müssten aber Debatten in der Bevölkerung vorausgehen. In Braunschweig existiert eine Reihe belasteter Denkmäler:

1. Erst 2012 wurde im Rat der Stadt mehrheitlich beschlossen, im so genannten „Roselies“-Baugebiet Gedenksteine aufzustellen, die u.a. dem Andenken der „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ dienen sollen. 2015 hatte die Bundesrepublik Deutschland offiziell durch den damaligen Bundespräsidenten Gauck und Parlamentspräsident Lammert die Kriegsführung der dort geehrten „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ als Völkermord bezeichnet. Die Stadt Braunschweig wollte sich diesen Erklärungen auf höchster Ebene 2015 nicht anschließen, indem mit Ds. 15-00503-01 in Abgrenzung zum Bundespräsidenten erklärt wurde: „Bis heute gibt es von Seiten der Bundesrepublik Deutschland keine offizielle Anerkennung der Kriegsführung der ‚Schutztruppe Deutsch-Südwest‘ in Namibia als Völkermord.“ Der Bundestag habe sich diesen Äußerungen noch nicht angeschlossen, erklärte die Stadt in ihrer fadenscheinigen Antwort auf die BIBS-Anfrage zum Thema.

2. Das so genannte „Kolonialdenkmal“ befindet sich am Rande des Braunschweiger Stadtparks. Errichtet wurde es 1925, acht Jahre nach dem Ende des deutschen Kolonialreichs, vom „Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner“, einem Zusammenschluss von Deutschen, die als Soldaten, Unternehmer oder Beamte mit den Kolonien zu tun gehabt hatten. Mit dem neuen Denkmal wollten sie der in den Kolonien gefallenen deutschen Soldaten gedenken und ihrer Forderung nach einer Wiederinbesitznahme der deutschen Kolonien Nachdruck verleihen. Eine Seite des massiven Steinblocks zeigt das Relief eines Löwen, die mächtige Pranke auf eine Weltkugel gedrückt. Die andere Seite ziert das Sternbild „Kreuz des Südens“. Auf den schmalen Seiten stehen Namen ehemaliger deutscher Kolonien.

Vor einigen Wochen nun sind neue Schriftzüge hinzugekommen: Aktivisten haben Papptafeln mit antirassistischen Slogans am Denkmal aufgestellt: „Wer gleichgültig gegenüber Ungerechtigkeit bleibt, stellt sich auf die Seite der Unterdrücker“, steht da in englischer Sprache. Über dem Leib des Löwen ist ein „Black lives matter“-Transparent gehängt: „Schwarze Leben zählen“.

Schüler*innen der IGS Franzses Feld verhüllten schon 2006 das Denkmal in einer Aktion, und Student*innen der TU Braunschweig erarbeiteten eine Homepage zum "Kolonialdenkmal": <https://kolonialdenkmal-braunschweig.de.tl/>

Die beiden genannten Beispiele belasteter Denkmale in Braunschweig sollen die Richtung vorgeben, nach der die Untersuchung der belasteten Denkmäler in Braunschweig Perspektiven im Spannungsfeld zwischen „kritischer Beleuchtung“ und möglicher „Entfernung“ der Denkmäler zu erfolgen hat. Der vorliegende Antrag soll einen gangbaren Weg für einen angemessenen und differenzierten Umgang mit allen Denkmälern in der Stadt ebnen.

Anlagen:

Betreff:
Gedenkkultur und Denkmäler in der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit: Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	Datum: 03.09.2020
--	----------------------

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (zur Kenntnis)	11.09.2020	Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag der BIBS-Fraktion „Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt“ (DS 20-13807) wird wie folgt Stellung genommen:

Das „Gedenkstättenkonzept“: Ein Konzept gegen das Vergessen

In der Stadt Braunschweig gibt es seit mehreren Jahrzehnten eine aktive Gedenk- und Erinnerungskultur in deren Mittelpunkt das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft steht. Grundlage dafür ist das 2001 vom Rat beschlossene „Gedenkstättenkonzept“. Die Träger der fest in der Braunschweiger Stadtgesellschaft verankerten Gedenkkultur sind neben Politik und Verwaltung eine Reihe von zumeist ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Die Inhalte der Gedenkkultur werden unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse und vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Diskurse kontinuierlich gespiegelt und weiterentwickelt.

In der Ratssitzung vom 14.07.2020 hat der Rat beschlossen, einen Antrag der BIBS-Fraktion zum *Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt* (DS 20-13807) zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss für Kultur und Wissenschaft zu verweisen. In der Ratssitzung präsentierte Ratsherr Rosenbaum (BIBS) zudem einen am selben Tag erschienenen Artikel in der Berliner Tageszeitung taz, der den vermeintlich defizitären Umgang mit beispielhaft genannten wie hier formuliert wird, „belasteten“ Denkmälern in der Stadt Braunschweig zum Inhalt hat.

Dass diese Denkmäler schon heute Teil der bestehenden Erinnerungskultur sind, wird bedauerlicherweise weder im Antrag der BIBS-Fraktion noch in der Berichterstattung der Zeitung thematisiert. Da die Kenntnis dieser Kontexte aber zwingende Voraussetzung für die Bewertung der Denkmäler ist, werden nachfolgend die drei angeführten Beispiele hinsichtlich ihrer Stellung in der Braunschweiger Erinnerungskultur näher bestimmt.

1. Die **Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße** ist seit 20 Jahren ein zentrales Element der Erinnerungskultur in Braunschweig und wesentlicher Teil des „Vernetzten Gedächtnisses“ mit dem die Topografie der nationalsozialistischen Herrschaft in der Stadt offengelegt, dokumentiert und erläutert wird. Das **Schill-Denkmal** ist Ausgangspunkt und zentraler Bestandteil der von der Hamburger Künstlerin Sigrid Sigurdsson stammenden Konzeption des Gedenkortes, der die kritische Auseinandersetzung mit den an diesem Ort wirkmächtigen unterschiedlichen „Historischen Schichten“ ermöglicht, die bewusst nicht negiert werden. Vorausgegangen waren intensive Diskussionen auch unter Beteiligung namhafter Fachhistoriker, in deren Ergebnis die Notwendigkeit der Erhaltung, Kontextualisierung und Reflektion des Denkmals als Voraussetzung für den künstlerischen Wettbewerb formuliert wurde. Aus diesem ging der vielbeachtete Entwurf von Frau Sigurdsson, die neben weiteren profilierten Künstlerinnen und Künstlern wie Rudolf Henz, Bogomir Ecker und Michael Kuhle angefragt worden war, als Sieger hervor. Diese

Transparenz, der unterschiedlichen historischen Ebenen, die den Charakter des Ortes bestimmen, sind ohne jeden Zweifel eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Arbeit der Gedenkstätte, die sich aktuell mit der Thematik „Kinder im Holocaust“ befasst. Im Zusammenhang mit der 2018 vom Rat beschlossenen Übertragung der Gedenkstätte an den Verein „Arbeitskreis Andere Geschichte“ (DS 18-08215) wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Stadt dem Verein Sondermittel in Höhe von 20.000,00 € zur Verfügung stellt, um diese „Historischen Schichten“ genauer zu untersuchen.

„Erinnerungsort historische Garnisonsstadt“

2. Einen „Ehrenhain“ oder ein „Andenken an die Schutztruppe Deutsch-Südwest“, wie im Antrag formuliert, im Bereich des Baugebietes „Roselies“ gibt es nicht. Am Möncheweg gibt es einen **„Erinnerungsort historische Garnisonsstadt Braunschweig“**, der auf die Geschichte der Stadt als ehemaliger militärischer Standort aufmerksam machen soll. Aufgestellt ist dort eine Anzahl von aus den ehemals zahlreichen Braunschweiger Kasernen stammenden Steinen mit den Namen von Einheiten, die in Braunschweig stationiert waren. Die Intention des Erinnerungsortes, dessen Einrichtung auf einen Ratsbeschluss zurückgeht (DS 2196/12 und 2209/12), ist durch eine Erläuterungstafel klar und unmissverständlich benannt: „Krieg hat in allen Zeiten großes Leid über die betroffenen Länder und ihre Bevölkerung gebracht. Doch auch die Soldaten, die an diesen Kriegen teilnehmen mussten, sind zum großen Teil zugleich auch Opfer dieser Kriege. An die Braunschweiger Soldaten, die in den letzten 300 Jahren ihre Gesundheit und ihre Leben ließen, ohne an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen zu sein, wird an dieser Stelle erinnert.“ Weiter oben wird auf der Tafel ausdrücklich ausgeführt, dass auch Braunschweiger Soldaten „in den Kolonialkriegen des Deutschen Kaiserreichs“ „missbraucht“ worden sind.

Dieser Erinnerungsort korrespondiert mit dem ebenfalls auf Grundlage eines Ratsbeschlusses erst vor wenigen Jahren auf dem benachbarten Gelände der ehemaligen Roselieskaserne eingerichteten „Garten der Erinnerung“, der an die Geschehnisse im belgischen Ort Roselies zu Beginn des Ersten Weltkriegs erinnert und als Ort der aktiven Versöhnung zu begreifen ist. (DS 15-00061)

3. Das **Kolonialdenkmal** an der Jasperallee steht seit vielen Jahren im Mittelpunkt erinnerungspolitischer Debatten (https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Streit-um-Wissmann-und-um-koloniales-Erbe,wissmann122.html). Diese Debatten die in den Jahren 2004 bis 2006 besonders intensiv geführt (Schüler*innenprojekt der IGS Franzshes Feld). Die Geschichte des Denkmals und die Frage nach einem zeitgemäßen Umgang mit der Kolonialgeschichte wird außerdem auch an diesem Denkmal seit langer Zeit durch Erläuterungstafeln thematisiert. In der aktuellen Debatte hat sich gezeigt, dass das Denkmal geeignet ist, um als Bezugspunkt sowohl für die Forderungen der BLM-Bewegung als auch den in Gang gekommenen gesellschaftlichen Diskurs über die koloniale Vergangenheit Deutschlands zu dienen. Ein künstlerischer Wettbewerb mit Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund und Bezug zu den ehemaligen deutschen Kolonien, der eine zeitgemäße Kommentierung und Kontextualisierung des Denkmals zum Ziel hat, ist in Vorbereitung. Grundlage für die Auslobung dieses Wettbewerbs ist eine genaue Kenntnis der Geschichte des Denkmals, die derzeit in Zusammenarbeit von Verwaltung und weiteren stadtgesehlichen Akteuren erarbeitet wird und schon jetzt als work in progress auf den Internetseiten der Stadt (<http://www.braunschweig.de/kultur/erinnerungskultur/kolonialdenkmal.php>) eingesehen werden kann. Die entsprechenden Beschlussvorlagen für die Ratsgremien sind in Vorbereitung. Darüber hinaus werden Fragen der kolonialen Vergangenheit Braunschweigs stärker in den Fokus rücken (u.a. Provenienzforschung am Städtischen Museum).

Dr. Hesse

- Anlage/n:** 1. Zusammenstellung Gremienvorlagen Kolonialdenkmal
2. Übersicht Gremienvorlagen Schilldenkmal und Roselies

Der Oberbürgermeister
Bezirksgeschäftsstelle Mitte
10-311/35

Braunschweig, 2. April 2004

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
15	17. März 2004	Seniorenkreis Stadtpark Jasperallee 42	19:30 Uhr bis 20:50 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:35 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Frau Kemper und Herr Kaiser. Frau Schwabe nimmt ab 19:50 Uhr an der Sitzung teil. Um 19:40 Uhr eröffnet Herr Bezirksbürgermeister Jordan die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen vorliegen, lässt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form abgehandelt.

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung vom 28. Januar 2004

Die Fraktion B90/GRÜNE bittet die Formulierung auf Seite 4 unter Punkt 4, 2. Absatz des Protokolls wie folgt zu ändern: „Herr Kablitz hat im Hinblick auf den Umfang der ins Auge gefassten Unterholz- und Buschwerkaudünnungen noch weiteren Informationsbedarf.“

Anschließend lässt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Beschluss: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltung

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan teilt Herrn Maring mit, dass er seiner Bitte um Verschiebung einiger Sitzungstermine des Stadtbezirksrates nicht nachkommen kann.
- Herr Bezirksbürgermeister Jordan schlägt für die Durchführung des Ortstermins „Gliesmaroder Straße“ Freitag, den 19. März 2004, 9.00 Uhr vor. Treffpunkt ist vor dem Supermarkt PLUS. Dem Vorschlag wird zugestimmt. Auf eine nochmalige schriftliche Einladung durch die Bezirksgeschäftsstellenleitung wird verzichtet.

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf die Bürgersprechstunde mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann am 12. Mai 2004 in der Brunsviga hin. Er bittet, Themenvorschläge zu benennen.
- Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf das diesjährige Treffen der Vereine und Verbände des Stadtbezirks 120 – Östliches Ringgebiet hin. Es soll am Freitag, 20. August 2004 um 20.00 Uhr im Gartenverein Mückenburg oder in der PSV-Gaststätte stattfinden.
-

b) Mitteilungen der Verwaltung

- Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen bzgl. eines Nachtfahrverbots für LKW und einer Geschwindigkeitsbeschränkung für die Herzogin-Elisabeth-Straße wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen. Die Voraussetzungen zur Einrichtung eines Nachtfahrverbots für LKW und einer Geschwindigkeitsbeschränkung liegen nicht vor.
- Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen bzgl. der Wiederherstellung der Fahrbahnmarkierung für den Radweg Humboldtstraße wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen. Die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Fahrbahnmarkierung für den Radweg liegen nicht mehr vor.
- Der Fachbereich Stadtentwässerung teilt mit, dass voraussichtlich von Anfang März bis Ende Mai 2004 die Abwasserkanäle in der Grünstraße saniert werden. Die Eigentümer der betroffenen Grundstücke wurden entsprechend informiert.

Punkt 3: Anfragen

a) Baumfällung Richterstraße (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Herr Loose vom FB Stadtgrün schlägt dem Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet einen Ortstermin in der Richterstraße vor, um die Situation vor Ort zu besprechen. Der Stadtbezirksrat nimmt das Angebot an und entscheidet sich als Termin für Donnerstag, 25. März 2004. Treffpunkt ist um 16.00 Uhr an der Ecke Richterstraße/Wilhelm-Bode-Straße.

b) Situation „Langer Kamp“ (SPD)

Frau Hahn erläutert die Anfrage. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtplanung und Umweltschutz vor. Für das Grundstück liegt ein Bauantrag vor. Der Bauherr steht z. Z. in Verhandlung mit der Bauverwaltung über eine Verlängerung dieser Genehmigung wegen einer möglichen Verfristung. Da es offensichtlich Vermarktungsschwierigkeiten für die angebotenen Wohnungen gibt, kann die Bauverwaltung nicht abschätzen, ob in absehbarer Zeit mit einer Bebauung zu rechnen ist.

Bezüglich der Unterlassung des Schneeräumens auf dem Grundstück Zimmerstraße/Langer Kamp liegt eine Antwort der Stadtreinigung Braunschweig GmbH (SRB) vor. Der Eigentümer des betroffenen Grundstückes wurde bereits durch die SRB angeschrieben und auf seine Grundstücksreinigungspflicht hingewiesen. Falls sich der Reinigungszustand vor dem Grundstück nicht verbessern sollte, wird ggf. ein Ordnungswidrigkeitsverfahren durch die SRB eingeleitet.

c) Kolonialdenkmal im Stadtpark (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage zur nächsten Stadtbezirksratssitzung abschließend zu beantworten. In diesem Zusammenhang liegt eine schriftliche Mitteilung des Fachbereiches Zentrale Dienste vor, wonach künftig am Volkstrauertag am Kolonialdenkmal an der Jasperallee keine Kranzniederlegung mehr erfolgt, da das Denkmal vorrangig für den Kolonialismus und nicht für den Gedanken des Volkstrauertages (Gedenken der Toten des Krieges) steht. Herr Bezirksbürgermeister Jordan bittet den Heimatpfleger Herrn Wittwer an dieser Stelle über die Entstehung des Kolonialdenkmals zu berichten. Herr Wittwer schließt seinen Kurzvortrag mit der Bitte, das Denkmal nicht zu entfernen, sondern andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, z. B. das Denkmal als Mahnmal gegen Kolonialkriege umzuwidmen. Herr Bezirksbürgermeister Jordan bittet die Verwaltung, den Heimatpfleger Herrn Wittwer bei den Überlegungen zur Problematik des Kolonialdenkmals zu beteiligen.

d) Straßenreinigung „Brodweg“ (CDU)

Die Anfrage wird von Frau Mühlich vorgetragen. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft und der SRB (Stadtreinigung Braunschweig GmbH) vor. Die Reinigung auf dem Brodweg erfolgt jeden Mittwoch in der Nachtschicht. Die erfolgten Reinigungen lassen sich aus einem Reinigungsplan nachvollziehen. Da die Reinigung satzungsgemäß erfolgt ist, besteht keine Möglichkeit einer Gebührenrückerstattung. Ein neues Straßenreinigungskonzept wurde Anfang 2003 nur für den Innenstadtbereich eingeführt. Eine Umsetzung für das übrige Stadtgebiet ist geplant. Es ist jedoch zurzeit nicht absehbar, zu welchem Zeitpunkt die Einführung stattfinden soll. Daher erfolgte bislang keine Vorstellung eines neuen Konzepts im Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet. Eine sofortige Änderung der Reinigungsklasse ist nicht möglich. Grundlage für die Straßenreinigungsgebühren am Brodweg ist die Einstufung in die jeweilige Reinigungsklasse. Dies erfolgt über das Straßenverzeichnis als Anlage zur Straßenreinigungsverordnung. Zur nächsten Änderung wird von der Verwaltung vorgeschlagen, dass der Brodweg von der Reinigungsklasse III in die Reinigungsklasse IV herabgestuft werden soll. Die Entscheidung liegt bei den politischen Gremien. Die Verwaltung beabsichtigt, das Straßenverzeichnis zum 1. Januar 2005 zu ändern.

e) Situation Helmstedter Straße (CDU)

Herr Edelmann erläutert die Anfrage. Hierzu liegt eine Antwort des FB Stadtplanung und Umweltschutz vor. Vorentwürfe für einen Umbau des Straßenzuges Helmstedter Straße und Kastanienallee zwischen der Oker und dem Altewiekring liegen seit einigen Jahren bereits vor. Bei der Finanzierung wird jedoch davon ausgegangen, dass hier eine Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) möglich ist. Diese Möglichkeit für eine geringere Inanspruchnahme städtischer Mittel will die Stadt nutzen. Aus anderen Vorhaben ist bekannt, dass entsprechende Mittel bis zum Jahr 2007 zunächst für dringlichere Maßnahmen vorgesehen sind. Daher hat die Verwaltung bisher davon abgesehen, die entsprechende Planung bis ins letzte Detail abzustimmen und den Gremien vorzustellen. Aufgrund des beengten Straßenraumes kommt der Umbau der Kreuzung zu einem Kreisverkehr nicht in Betracht. Der geplante Ausbau der Kreuzung ist dem Stadtbezirksrat bereits vorgestellt worden. In der Kastanienallee ist der Mischwasserkanal wegen starker Schäden dringend zu erneuern. Um die Fahrbahn der Kastanienallee von der Helmstedter Straße bis zum Altewiekring mittelfristig vor einer weiteren Zerstörung durch Witterungseinflüsse zu schützen, ist noch in diesem Jahr nach Abschluss der

Der Oberbürgermeister
 Bezirksgeschäftsstelle Mitte
 10-311/35

Braunschweig, 17. September 2004

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
18	1. September 2004	Seniorenkreis Stadtpark, Jasperallee 42	19:30 Uhr – 20:40 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Herr Dr. Kleemeyer und Frau Hartmann. Anschließend eröffnet Herr Bezirksbürgermeister Jordan die Einwohnerfragestunde. Da keine Fragen vorliegen, läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form abgehandelt.

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung vom 16. Juni 2004

Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf Punkt 2 b) Mitteilungen der Verwaltung hin. Der FB Stadtgrün hat zum Thema „Lärmbelästigung durch Basketball“ auf dem Spielplatz Allerstraße mitgeteilt, daß dort zusätzlich ein Schild angebracht wurde, das den Zeitraum des Ballspielens täglich bis 20:00 Uhr begrenzt. Der dieser Maßnahme zugrundeliegende Antrag des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – beinhaltete jedoch ein Schild mit konkreten Zeitangaben, die das Basketballspielen nur von Montag bis Samstag in der Zeit von 8:00 bis 20:00 Uhr zulassen. Er bittet darum, einen entsprechenden Hinweis an den FB Stadtgrün zu geben.

Bezüglich der Baumscheibensicherung auf der Wiesenstraße sind lt. Mitteilung von Herrn Bezirksbürgermeister Jordan zwei Verkehrsschilder versetzt worden, die ein Beparken der Baumscheiben verhindern sollen. Die Abstände zwischen den versetzten Verkehrsschildern und den bereits stehenden Pollern sind jedoch so groß, daß die Autos weiterhin auf der Baumscheibe parken, indem sie mit dem Heck auf der Straße stehen. Er bittet den FB Straßenbau und Verkehrswesen, entsprechend zu informieren.

Anschließend läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen.

Beschluß: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

Abstimmungsergebnis: 13 dafür 0 dagegen 4 Enthaltungen

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den Ortstermin vom 27. August 2004 bezüglich der Radwegsituation in der Kastanienallee zwischen Helmstedter Straße und Altewiekring. Zwischen den Vertretern des Bezirksrates und dem anwesenden Sachbearbeiter des FB Straßenbau und Verkehrswesen konnte kein verhandlungsfähiger Lösungsweg gefunden werden. Der Ortstermin blieb leider ergebnislos.
- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den Ortstermin am 2. Juli 2004 auf dem Spielplatz Menzelstraße. Vom FB Stadtgrün wird zur Umgestaltung und Erneuerung des Spielplatzes ein Vorschlag erarbeitet, der in der Sitzung am 17. November 2004 dem Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – vorgestellt werden soll. Die erforderlichen Mittel werden voraussichtlich aus dem Haushalt 2005 genommen. Der Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – wird zur Bereitstellung der Mittel einen entsprechenden Antrag zum Haushalt 2005 stellen.

b) Mitteilungen der Verwaltung

- Es liegt eine Mitteilung des FB Stadtplanung und Umweltschutz, Abt. Baurecht, zur Errichtung einer Mobilfunkanlage auf der Helmstedter Straße vor. Herr Kablitz, B90/GRÜNE, hat die Örtlichkeit besichtigt. Es handelt sich um ein Eckgebäude, auf dem bereits eine Anlage mit zwei Masten errichtet wurde. Seiner Meinung ist diese Umgebung ein sensibler Bereich. Insbesondere wird auf die Klinik Hochstraße, die Berufsbildenden Schulen V und VI, den Waldorfkindergarten und den Spielplatz Giersberg hingewiesen. Herr Kablitz hält die gewählte Ortslage für ungünstig und regt an, einen Ersatzstandort zu suchen. Herr Wantzelius, SPD-Fraktion stimmt der beabsichtigten Errichtung der Mobilfunkanlage zu. Seiner Meinung nach handelt es sich um keinen besonders sensiblen Bereich. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Anzahl der Handybenutzer zunimmt und damit auch eine ausreichende Versorgung gewährleistet sein muß.
- Der FB Stadtgrün teilt mit, daß er nunmehr dem Vorschlag des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – unter Zurückstellung der schon vorgetragenen Bedenken folgen wird und in den nächsten Wochen an zwei geeigneten Standorten am Randbereich des Franzschen Feldes die vom Stadtbezirksrat gewünschten Hinweisschilder zum Thema „Freilaufzone für Hunde“ aufstellt.
- Zum Thema „Stadtpark-Promenadengitter“ teilt der FB Stadtgrün mit, daß die Verwaltung den betreffenden Bereich des Promenadengitters am Stadtpark entlang der Wilhelm-Bode-Straße in Augenschein nehmen und die Verkehrssicherheit sowie die Möglichkeit einer Reparatur prüfen wird. Sollte die angeregte Reparatur aus fachlicher Sicht nicht erforderlich bzw. nicht mehr in wirtschaftlicher Form durchführbar sein, wird dem Stadtbezirksrat hierzu nochmals berichtet.

- Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen über durchzuführende Kanalbauarbeiten in der Zeit vom 13. Juli bis 10. September 2004 auf der Kastanienallee zwischen Altwiekring und Helmstedter Straße.
- Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen über die Sanierung der Rankestraße in zwei Bauabschnitten in der Zeit vom 9. August bis 31. Oktober 2004 und der damit verbundenen Beeinträchtigungen.
- Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, über die Sondernutzung des Franzschen Feldes zur Durchführung des Drachenfestes am 10. Oktober 2004.
- Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, zur Sondernutzung des Stadtparks zur Durchführung eines Familienfestes des CDU-Ortsverbandes Hagen-Altwiek am 11. September 2004.

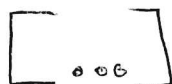
Punkt 3:Sachstandsbericht Kolonialdenkmal

Frau Dr. Hesse, Leiterin des FB Kultur, berichtet über den Sachstand zum Kolonialdenkmal. Eine Umsetzung des Kolonialdenkmals wird nicht erfolgen. Es soll eine Erläuterungstafel angebracht werden, die das Denkmal und seine Zeit geschichtlich erklärt. Die Erarbeitung eines Erläuterungstextes soll im Rahmen der Stadtteilkulturarbeit des Kulturinstituts durch Schülerinnen und Schüler erarbeitet werden. Das Projektkonzept sollte im Frühjahr 2005 vorliegen, die Durchführung des Projektes bis Ende 2005 abgeschlossen sein. Frau Dr. Hesse teilt mit, daß diese Terminierung aufgrund eines Personalengpasses im Kulturinstitut nicht eingehalten werden kann. Das Projekt kann erst im Jahr 2006 in Angriff genommen werden. Sie weist auf die von ihr verteilte Publikation über die Gedenkstätten der Stadt Braunschweig hin und schlägt vor, das Kolonialdenkmal in die Topographie mit aufzunehmen und ein Schild mit Angabe der Internetadresse für weitere Informationen anzubringen. Der Stadtteilheimatpfleger, Herr Wittwer verliest ein Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925, das als Erläuterungstext genutzt werden soll (siehe Anlage). Es handelt sich hierbei um eine Interimslösung bis zur Umsetzung des beabsichtigten Schülerprojektes. Kosten für das Schild werden in Höhe von ca. 200 – 500 € entstehen. Die Mitglieder des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet – erklären sich mit dieser Vorgehensweise grundsätzlich einverstanden. Der Erläuterungstext soll vor der Veröffentlichung dem Stadtbezirksrat nochmals zur Abstimmung vorgelegt werden.

Punkt 4:Haushalt 2005, Investitionsprogramm 2004 – 2008

- Anhörung -

Herr Bezirksbürgermeister Jordan weist auf die für den Stadtbezirksrat 120 – Östliches Ringgebiet – angefertigte Auflistung der Haushaltsansätze und Vorhaben des Investitionsprogramms 2004 – 2008, die für den Stadtbezirk relevant sind, hin. Frau Hahn weist auf die Zuschüsse für die Begegnungsstätte Korfesstraße und die Nachbarschaftshilfe Korfesstraße hin. Es ist Wunsch der SPD-Fraktion, daß diese Ansätze und auch die Zuschüsse für die Brunsviga erhöht werden und auf das Niveau von 2002 steigen.



Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister FB Stadtplanung und Umweltschutz 61.11-F 1		<i>Drucksache</i> 8995/04	<i>TOP</i> <i>Datum</i> 9. September 04
--	--	----------------------------------	---

Vorlage

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>			<i>Beschluß</i>			
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>	<i>ange- nom- men</i>	<i>abge- lehnt</i>	<i>geän- dert</i>	<i>pas- siert</i>
Stadtbezirksrat 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode als Mitteilung	9. Nov. 04	X					
Planungs- und Umweltausschuß	1. Dez. 04	X					
Verwaltungsausschuß	14. Dez. 04		X				

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen Fachbereiche 20, 67, Abt. 61.4	Beteiligung des Referates 0140 <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein
--	---	--	---

Überschrift, Beschlußvorschlag

82. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Braunschweig "Rautheimer Kasernen"

Stadtgebiet zwischen DB-Gleisen, westlichem Rand der Siedlung "Elmaussicht", westlichem Rand des Gewerbegebietes "Rautheim-Nord", Verbindungsweg zwischen Lindenberg und Rautheim, Möncheweg und Rautheimer Straße

Bebauungsplan "Lager- und Betriebshof",

Stadtgebiet zwischen Reitlingstraße, Helmstedter Straße und Gleisanlagen der DB

RI 11

Bebauungsplan "Heinrich der Löwe-Kaserne",

Stadtgebiet zwischen A 39, Straße "Erzberg", Braunschweiger Straße und Rautheimer Straße

AW 100

Bebauungsplan "Roselies-Kaserne",

Stadtgebiet zwischen Braunschweiger Straße, Rautheimer Straße, Möncheweg und Fußweg zwischen Lindenberg und Rautheim

AW 99

Planungsbeschluß

1. "Für das in der Anlage 1 bezeichnete Stadtgebiet wird eine Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen mit dem Ziel, insbesondere gewerbliche Bauflächen, gemischte Bauflächen und Wohnbauflächen darzustellen.
2. Für das in der Anlage 2 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Lager- und Betriebshof", RI 11 beschlossen.
3. Für das in der Anlage 3 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Heinrich der Löwe-Kaserne", AW 100 beschlossen.
4. Für das in der Anlage 4 bezeichnete Stadtgebiet wird die Aufstellung des Bebauungsplanes "Roselies-Kaserne", AW 99 beschlossen."

Sachverhalt, Begründung, finanzielle Auswirkung: siehe nächste Seite

Anlaß/Planerfordernis

Im Jahr 2001 hat das Bundesverteidigungsministerium die Aufgabe der Roselies- und der Heinrich der Löwe-Kaserne in Braunschweig im Rahmen des Konversionsprogrammes des Bundes endgültig festgelegt. Zuvor gab es bis Ende 2000 vielfältige politische Bemühungen unter Mitwirkung der Verwaltungsspitze, um die drohende Standortschließung für Braunschweig abzuwenden bzw. den Abbau zumindest zu reduzieren - jedoch ohne Erfolg.

Inzwischen ist die Roselies-Kaserne und der sogenannte „Lager- und Betriebshof“ von jeglicher militärischer Nutzung freigezogen und dem Bundesvermögensamt (BVA) zur Veräußerung bzw. Verwaltung der Liegenschaften übergeben worden.

Die Heinrich der Löwe-Kaserne soll bis zum 31. Dezember 2004 ebenfalls geräumt und an das BVA übergeben werden. Solange die Kasernen militärisch genutzt werden, entziehen sie sich der Planungshoheit der Gemeinde. Voraussetzung dafür, daß die Stadt die städtische Planungshoheit wieder erlangt, ist ein Schreiben des Bundes, in dem dieser ausdrücklich den sog. Fachplanungsvorbehalt aufhebt. Dies ist bislang lediglich für einen kleinen Teilbereich - die Schwimmhalle der Roselies-Kaserne - erfolgt. Da auch alle anderen Gebäude und Freiflächen zukünftig nicht mehr militärisch genutzt werden sollen, besteht das Erfordernis, per Bebauungsplan die zukünftige Nutzung der Kasernen festzusetzen.

Bund und die Stadt Braunschweig haben sich darauf verständigt, daß im Auftrage des Bundes eine Machbarkeitsstudie zur weiteren baulichen Nutzung der Kasernen in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig erstellt werden soll. Diese Aufgabe hat das Staatliche Baumanagement Braunschweig I (SB BS I) übernommen. Das SB BS I hat ein landschaftsplanerisches sowie ein schalltechnisches Gutachten in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in die Machbarkeitsstudie eingeflossen sind. Die wesentlichen Ergebnisse dieser Überlegungen sind in dieser Vorlage niedergelegt. Die Machbarkeitsstudie wird den Fraktionen jeweils zur Verfügung gestellt.

Insgesamt stehen ca. 54 ha Flächen zur Disposition. Dies bedeutet ein erhebliches Stadtentwicklungspotenzial. Eine zügige Entscheidung über die Nachnutzung der Kasernen ist allein schon deswegen geboten, um Vandalismuserscheinungen vorzubeugen, die erfahrungsgemäß in brachgefallenen Liegenschaften nach einiger Zeit häufig auftreten.

Historie

Auf dem Areal der heutigen Heinrich der Löwe Kaserne wurden in den Jahren 1935/1936 die Heinrich der Löwe Kaserne und die Hindenburgkaserne als sog. „getrennte Doppelkasernen“ errichtet, d. h. es handelte sich ursprünglich um eine spiegelbildliche Anlage. Mit Übernahme durch die Bundeswehr wurden sie unter dem Namen Heinrich der Löwe Kaserne zusammengefaßt.

Von 1936 bis 1945 wurden die Kasernen durch Artillerieeinheiten der deutschen Wehrmacht, von 1945 bis 1958 durch die US-Army und durch die britische Rheinarmee genutzt. Ab 1958 wurden in der Liegenschaft Grenadier- bzw. Panzereinheiten der Bundeswehr untergebracht.

Mit der Übernahme durch die Bundeswehr wurde Anfang der 60er-Jahre die ehemalige Doppelkaserne zusammengefaßt und eine Grundinstandsetzung durchgeführt. Dabei wurde die Kaserne bis zur in Nord-Süd-Richtung noch erkennbar in der Kaserne verlaufenden Böschung nach Osten erweitert.

Ende der 80er-Jahre wurde im Norden der Kaserne für den Neubau der BAB 39 ein wesentlicher Teil (sieben Unterkunfts-, Stabs-, Wirtschafts- und Lehrsaalgebäude) an die Straßenbauverwaltung abgegeben und für den vorgesehenen Straßenbau abgerissen.

In diesem Zuge wurde das Erweiterungsgelände im Osten ab o. a. Böschung bis zur heutigen Grenze erworben. Hier wurden sechs Unterkunftsgebäude, das Wachgebäude mit einem Parkplatz für 500 Pkw und zwei oberirdische Betriebsstofflagerhäuser errichtet.

Ein zentrales Regenrückhaltebecken für die gesamte Oberflächenentwässerung der Kaserne wurde ebenfalls hergestellt.

Im „Altbereich“ wurden darüber hinaus u. a. das Fernmeldezentrum und das Wirtschaftsgebäude neu gebaut sowie die Kompaniewerkhalle und das Offizierskasino aufwändig ausgebaut.

Im Folgenden wird getrennt für die drei Liegenschaftsteile „Lager- und Betriebshof“, „Heinrich der Löwe-Kaserne“ und „Roselies-Kaserne“ die Bestandssituation beschrieben.

Bestandssituation Lager- und Betriebshof

Der sog. Posthof (Fläche ca. 3,9 ha) liegt räumlich getrennt von den beiden Kasernen nördlich der geplanten A 39 in direkter Nachbarschaft zur Wohnsiedlung *Elmaussicht*. Die Flächen sind im Gegensatz zu den anderen Kasernenteilen nur wenig versiegelt, offensichtlich nicht hergerichtet, um von Panzerfahrzeugen befahren zu werden. Neben einem dreigeschossigen Kasinogebäude befinden sich auf dem Gelände Werkstätten, Garagen, Lager- und Büroflächen sowie eine Heizzentrale. Der im Jahr 2003 gegründete militärische Veteranenclub hat das ehemalige Kasino provisorisch in Zwischennutzung genommen: Hier werden Erinnerungsstücke der langen Militärgeschichte Braunschweigs aufbewahrt bzw. ausgestellt und in den Räumlichkeiten gesellige Veranstaltungen abgehalten. Auf dem Freigelände wurde ein Ehrenhain (für Kranzniederlegungen) mit mehreren Gedenksteinen hergerichtet.

Der Modelleisenbahnclub hat Räumlichkeiten im dreigeschossigen Lagergebäude im Nordosten der Anlage angemietet und dort seine aufwändige Modelleisenbahnanlage aufgebaut.

Die Liegenschaft Posthof wird lärmtechnisch von der A 39 im Süden und den Eisenbahngleisen im Nordwesten beeinträchtigt.

Bestandssituation Heinrich der Löwe-Kaserne

Die Heinrich der Löwe-Kaserne umfaßt eine Fläche von rund 31 ha. Im Norden ist sie begrenzt durch die Trasse der A 39 bzw. die heute schon vorhandene Anschlussstelle Rautheim. Im Westen schließen sich Kleingärten bzw. eine Erwerbsgärtnerei an. Südlich wird die Liegenschaft von der Braunschweiger Straße und der an diese anschließende Roselies-Kaserne begrenzt.

Die Kaserne wird heute über die an der Braunschweiger Straße gelegene Wache erschlossen. Eine Bedarfsausfahrt führt auf die Rautheimer Straße und von dort direkt auf die Anschlussstelle *Rautheim* der A 39. Mit Nutzung dieser Zufahrtsmöglichkeit ergibt sich eine sehr gute Verkehrsanbindung, insbesondere des nördlichen Teils (technischer Bereich) der Liegenschaft. Etwa 2/3 der Kaserne (der nördliche Bereich) wird bzw. wurde für technische Zwecke benötigt. Bis auf die im Norden der Anlage befindliche Mehrzweckhalle und das Offiziersheim handelt es sich um eingeschossige Garagen und Werkstattgebäude oder Lager. Entsprechend der intensiven Nutzung durch Panzerfahrzeuge sind weite Teile des nördlichen Bereiches der Kaserne stark versiegelt (Betondecken). Östlich des relativ neuen Wirtschaftsgebäudes (Küche, Kantine) befindet sich eine zweite Mehrzweckhalle, die aber wie alle anderen Sporteinrichtungen im Kasernenbereich heutigen Ausstattungsansprüchen nicht genügt. Östlich der von Nord nach Süd verlaufenden Haupteinschließung der Heinrich der Löwe-Kaserne befinden sich die Ende der 80er-Jahre erstellten dreigeschossigen Mannschaftsgebäude. Diese sowie die weiteren Mannschaftsgebäude sind auf Grund ihrer großen Bautiefe nur eingeschränkt für eine nachfolgende Wohnnutzung tauglich. Notwendig wären ca. vier neue Treppenhäuser pro

Baublock; aber auch dann führen die zu großen Raumtiefen zu marktunüblich großen Wohnungsabmessungen.

Besser geeignet als Umnutzungsziel sind Wohnformen wie studentisches Wohnen und Altenwohnanlagen, bei denen die Erschließung über einen Mittelflur beibehalten werden kann.

Die Mannschaftsgebäude im Süden der Anlage entsprechen dem so genannten Standard „Bundeswehr 2000“: Im Unterschied zu den sonstigen Mannschaftsgebäuden sieht der Grundriß kleine abgeschlossene „Unterbringungseinheiten“ vor, jeweils bestehend aus zwei Einzelzimmern und einem gemeinsamen Flur und Bad.

Das im Süden der Kaserne gelegene Kasino-Gebäude verfügt über einen hohen Baustandard und einen guten allgemeinen Erhaltungszustand.

Eine im Auftrag des Bundes erstellte Biotoptypenkartierung kommt zu dem Ergebnis, daß artenreicher Scherrasen als Biotoptyp vorherrscht. Im Bereich der neueren Mannschaftsgebäude finden sich Ruderalbestände, ebenso im Bereich direkt nördlich der Braunschweiger Straße. Als Fläche von vergleichsweise hohem Wert ist aus naturschutzfachlicher Sicht das naturnah angelegte Regenrückhaltebecken zu nennen. Weiterhin bedeutsam sind die Einzelbäume, die vorwiegend im südlichen Bereich der Kaserne vorzufinden sind.

Die Heinrich der Löwe-Kaserne wurde ebenso wie die Roselies-Kaserne im Rahmen des Altlastenprogramms des Bundes auf Gefahrenstoffe hin untersucht. Nach bisheriger Erkenntnis gibt es in beiden Kasernen nur punktuelle Schadstoffquellen. Es handelt sich um Leichtflüssigkeitsabscheider, Betriebsstofflager, Ölwechselrampen und vor allem ehemalige Tankstellen. Letztere wurden in der Vergangenheit bereits untersucht und zum Teil auch schon zurückgebaut. In der Summe ist davon auszugehen, daß aller Voraussicht nach die wenigen punktuellen Kontaminationen mit relativ geringem Aufwand beseitigt werden können.

Im Zuge des weiteren Bebauungsplanverfahrens werden die weiteren Untersuchungsschritte in Abhängigkeit von den vorgesehenen Nachnutzungen zwischen Bund und Stadt abgestimmt und ggf. Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Bestandssituation Roselies-Kaserne

Die Fläche der Roselies-Kaserne beträgt rund 19,5 ha. Das Gelände erstreckt sich zwischen der Rautheimer Straße im Norden und dem Möncheweg im Westen. Westlich dieser Straße liegt die Lindenbergersiedlung. Im Osten und im Süden grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen an. Die Kaserne ist über die Rautheimer Straße erschlossen. Im Westen der Kaserne, den Möncheweg prägend, liegen sechs dreigeschossige Unterkunftsgebäude für die Mannschaften. Auch hier ließen sich nur mit erheblichem Aufwand marktgerechte Wohnungen durch einen Umbau herstellen.

Östlich an diese Unterkunftsgebäude schließen sich das zweigeschossige Wirtschaftsgebäude, ein großer befestigter Hof sowie die Sporthalle an. Östlich davon finden sich eingeschossige Garagen, Werkstätten, offene Fahrzeugunterstände sowie eine Waschanlage.

Östlich daran schließen sich eine Freisportanlage und ein Schießstand an. Nördlich der Freisportanlage befinden sich vier Wohngebäude für Bundesbedienstete. Östlich an die Freisportanlagen schließen sich das Heizwerk und eine Schwimmhalle an.

In der westlichen Hälfte der Roselies-Kaserne sind schätzungsweise 30 bis 50 % der Fläche stark versiegelt (hauptsächlich dicke Betondecken). Südlich der Sportanlage befindet sich ein größerer Bereich, in dem sich ein kleines Ruderalgebüsch entwickelt hat. Im südöstlichen Bereich der Kaserne, südlich des Schwimmbades, findet sich mesophiles Grünland.

Rahmenbedingungen

Der südöstliche Bereich der Stadt Braunschweig ist durch den Rangierbahnhof und die A 39 deutlich von der (Innen)stadt Braunschweigs abgetrennt. Als Nord-Süd-Haupterschließungsachse fungiert der Möncheweg: Er erschließt die Ortsteile Lindenberg, Südstadt und Mascherode sowie die Roselies-Kaserne.

Zwischen den Ortsteilen Lindenberg, Rautheim und Südstadt befinden sich derzeit landwirtschaftliche Flächen. Diese waren bereits in den 90er-Jahren Gegenstand von weitreichenden Planungsüberlegungen. So wurden im Rahmen eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes Konzeptionen für eine große Wohnsiedlung - schwerpunktmäßig Mehrfamilienhausbau - entwickelt, die aber auf Grund der seit der Mitte der 90er-Jahre zu verzeichnenden Nachfrageschwäche nach mehrgeschossigem Wohnungsbau nie realisiert wurde.

Südlich der Trasse der A 39 wird derzeit das Gewerbegebiet Rautheim-Nord entwickelt. Die Heinrich der Löwe-Kaserne wird von dieser Nachbarschaft weitgehend geprägt sowie von der schon erwähnten A 39. Westlich der Kasernen, getrennt durch die A 39, liegt das 30 ha große Gelände des Ausbesserungswerkes, für das ebenso wie für die Rautheimer Kasernen eine Nachnutzung noch gefunden werden muß. Bisherige Vorplanungen schlagen als Entwicklungsziel die Ansiedlung innovativer Unternehmen der "New Economy"-Branchen vor.

Sobald die A 39 bis zur A 2 ausgebaut ist und nachfolgend eine lückenlose neue Verbindung der Autobahn über Lüneburg in den skandinavischen Raum hergestellt ist, wird sich die Belastung der A 39 deutlich erhöhen.

Es ist mittel- bis langfristig im Prioritätenkonzept Stadtbahnplanung vorgesehen, die heute am Krematorium endende Stadtbahn zu verlängern und über den Möncheberg bis nach Mascherode hin zu führen.

Laut Landschaftsrahmenplan ist derzeit die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zum Erhalt von Arten und Lebensgemeinschaften überwiegend sehr stark eingeschränkt, ebenso wie die Leistungsfähigkeit zum Erhalt von qualitativ hochwertigem Grundwasser. Dies ist in weiten Teilen dem sehr hohen Versiegelungsgrad der Kasernen geschuldet. Vorhandene bzw. geplante Natur- oder Landschaftsschutzgebiete, ferner Naturdenkmäler, FFH- und Vogelschutzgebiete sind von der Nachnutzung nicht negativ betroffen. Der Siedlungsrand ist manchenorts unzureichend eingegrünt mit negativem Effekt auf das Orts- und Landschaftsbild. Insgesamt wird sich die zivile Nachnutzung positiv auf die meisten Umweltbereiche auswirken; im jetzigen Planungsstadium sind deswegen gravierende Konflikte mit Zielen des Umwelt- und Naturschutzes nicht absehbar.

In die Überlegungen zur Nachnutzung der beiden Kasernen ist auch die derzeitige Situation am Immobilienmarkt zu berücksichtigen.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie heute versuchen sowohl Bund und Land als auch DB und Telekom, um nur die größten Flächenanbieter zu nennen, sich von nicht mehr benötigten Liegenschaften zu trennen mit dem Ziel, durch Verkaufserlöse aus Grundstücksverkäufen ihre Bilanzen zu verbessern.

Auf der anderen Seite werden derzeit nur wenige Immobiliensegmente am Markt nachgefragt, insbesondere Einfamilienhäuser, Altenwohnanlagen, Einzelhandels- und Freizeitimmobilien. Dagegen besteht dezidiert kein Bedarf mehr an mehrgeschossigem Wohnungsbau, zumindest nicht im unteren und mittleren Preissegment.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie hat das SB BS I auch Überlegungen angestellt, ob das nachfolgend beschriebene Konzept wirtschaftlich überhaupt tragfähig ist. Nach erster überschlägiger Rechnung liegen die Kosten für die Beseitigung funktionslos gewordener Bauten und Betondecken und für die Erschließung deutlich unter den zu erwartenden Erlösen aus Grundstücksverkäufen bzw. Miet- und Pachten.

Städtische Bedarfe

Im Jahr 2003 wurde in allen Dezernaten der Stadtverwaltung ermittelt, ob der Bedarf besteht, ggf. Teile der Liegenschaften für städtische Zwecke zukünftig zu verwenden. Ergebnis war, daß insbesondere Defizite im Südosten der Stadt bestehen, was Sportfreiflächen aber auch Sporthallen anbetrifft.

Die Stadtverwaltung hat intensiv geprüft, ob die vorhandenen Sporteinrichtungen in den Kasernen sich für eine zivile Nachnutzung eignen.

Im Ergebnis kann diese Idee nicht weiterverfolgt werden, da beachtliche bauliche und Ausstattungsmängel vorliegen (z. B. fehlende Umkleidemöglichkeiten, mangelhafte Sanitärausstattung, Sicherheitsmängel), die die Nachnutzung nicht wirtschaftlich erscheinen lassen. Auch läßt sich eine Zwischennutzung der Sportanlagen nach Wegfall der militärischen Nutzung weder wirtschaftlich noch organisatorisch darstellen.

Im Zuge der Nachnutzungsüberlegungen wurde auch geprüft, ob sich eine der Kasernen für die Anlage eines Freizeit- und Erlebnisbades eignet. Die nur mittelmäßige ÖV-Anbindung und das aller Voraussicht nach mindestens mittelfristig verbleibende eher unattraktive bauliche Umfeld sprechen gegen die Anlage eines Freizeit- und Erlebnisbades an dieser Stelle.

Die Stadtwerke haben Interesse bekundet, das Heizwerk und das vorhandene Nahwärmenetz zu noch zu verhandelnden Konditionen zu übernehmen. Die vorhandene Schwimmhalle ist wirtschaftlich abgeschrieben und ließe sich nur mit erheblichem baulichen Aufwand wieder herrichten. Aber auch dann wäre ein wirtschaftlicher Betrieb eines öffentlichen Bades dieser Größenordnung nicht möglich.

Auswirkungen der Nachnutzung auf das Nutzungsgefüge im Südosten Braunschweigs

Das Brachfallen der beiden Rautheimer Kasernen und deren Nachnutzung haben Auswirkungen auf das Nutzungsgefüge des Braunschweiger Südostens, die im Folgenden dargestellt bzw. eingeschätzt werden.

Es bietet sich die Chance, die Siedlung Lindenberg zu ergänzen. Eine Vergrößerung der Siedlung führt dazu, daß sich Einrichtungen der sozialen Infrastruktur besser als zuvor „rechnen“. So ist z. B. ein Nahversorger im Bereich der Roselies-Kaserne - begrenzt auf den örtlichen Bedarf - vorstellbar.

Das bisher verfolgte Ziel, den Standort *Möncheberg* für den mehrgeschossigen Wohnungsbau vorzuhalten, kann mit Blick auf die baulichen Reserven der beiden Kasernen nun aufgegeben werden. Im Bereich *Möncheberg* ist Einfamilienhausbebauung vorstellbar.

Aus Sicht der Verwaltung sind jedoch prioritär die Kasernen zu entwickeln. Die leer stehenden Gebäude in den Kasernen ziehen unmittelbaren Handlungsbedarf für den Eigentümer, den Bund, wie auch für die Stadt als Träger der Planungshoheit nach sich. Die Nachnutzung der Kasernen ist somit die wichtigere Entwicklungs- und Ordnungsaufgabe im Vergleich zur Erschließung neuen Baulandes im Außenbereich, zumal die Kasernen stadtnäher liegen als die potenziellen Baulflächen *Möncheberg*.

Ob und ggf. wann die bisher rahmenplanerisch vorgesehenen Sportfreiflächen im Bereich zwischen den Orten Lindenberg/ Südstadt/ Rautheim entstehen sollen, ist derzeit nicht absehbar. Insbesondere wegen der schwierigen Haushaltslage lassen sich hierzu kaum tragfähige Aussagen treffen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß genügend Freiflächen im Bereich zwischen den genannten Orten vorhanden sind, die sich für diesen Zweck eignen.

Nachnutzungskonzept Lager und Betriebshof

Der mit 3,9 ha kleinste Teil der Kasernen, der abgetrennt durch die A 39 und die B 1 selbstständig vermarktbare erscheint, bietet sich für eine bestandsorientierte Nachnutzung an. Aufwändige Ordnungsmaßnahmen vor einer neuen Nutzung wie z. B. Entsiegelung sind hier nicht erforderlich.

Das Nutzungsspektrum ist durch die angrenzenden Nutzungen stark determiniert: So kann auf Grund der lärmintensiven Nachbarschaft zu den DB-Gleisen im Norden des Grundstücks keine lärmempfindliche Nutzung Platz greifen; auf Grund der unmittelbar östlich angrenzenden Wohnsiedlung Elmaussicht kann wiederum auch keine lärmintensive Nachnutzung festgesetzt werden. Im Ergebnis wird nicht störendes Gewerbe als Nachnutzung vorgeschlagen. Das Land hat Interesse gezeigt, in diesem Bereich verschiedene Magazin- und Lagernutzungen unterzubringen.

Ein kürzlich gegründeter militärischer Veteranenclub beabsichtigt, ein Gebäude des Lager- und Betriebshofes anzumieten für ihre Vereinsaktivitäten und um die im Laufe der langen Kasernentradition gesammelten Trophäen dauerhaft aufzubewahren. Aus Sicht der Stadt Braunschweig wäre es wünschenswert, den Fortbestand dieser Nutzung an der heutigen Stelle zu garantieren, ebenso wie den Modelleisenbahnclub, der Teile der Liegenschaft angemietet hat.

Nachnutzungskonzept Heinrich der Löwe-Kaserne

Für den Bereich der Heinrich der Löwe-Kaserne wird ebenfalls eine eher bestandsorientierte Nachnutzung angestrebt. Im Norden der Kaserne im Einwirkungsbereich der A 39 ist ohnehin auf Grund der Immissionen nur gewerbliche Nachnutzung möglich. Verkehrstechnisch soll die Nebeneinfahrt, die sich direkt gegenüber der Ausfahrt der Anschlussstelle Rautheim der A 39 befindet, als Haupteinfahrt umfunktioniert werden. Es besteht räumlich die Möglichkeit, die Heinrich der Löwe-Kaserne verkehrlich an das Gewerbegebiet Rautheim-Nord anzubinden. Eine Entscheidung darüber sollte im verbindlichen Bauleitplanverfahren herbeigeführt werden. Im Rahmen der Bauleitplanung ist weiterhin zu überprüfen, ob die vorhandenen Verkehrsanlagen den künftig steigenden Belastungen noch gewachsen sind und welche Maßnahmen ggf. zusätzlich erforderlich werden. Abhängig von den zukünftigen Nutzerwünschen muß abschnittsweise entschieden werden, in welcher Dichte neue Erschließungsanlagen notwendig werden und welche technischen Gebäude nachgenutzt oder aber beseitigt werden müssen. In diesem Bereich der Kaserne sind insbesondere autobahn- bzw. autoaffine Nutzungen vorstellbar, wie z. B. ein Autohof. Lärmtechnisch muß das neue Gewerbegebiet aber teilweise als eingeschränktes GE-Gebiet festgesetzt werden, um die unmittelbar angrenzende vorgesehene gemischte bauliche Nutzung nicht über Gebühr zu beeinträchtigen.

Die Unterkunftsgebäude im südlichen Teil der Liegenschaft sollen nach Möglichkeit durch Verwaltung oder nicht störendes Gewerbe nachgenutzt werden. Die Mittelgangerschließung der Gebäude bietet hier gute Voraussetzungen. Als Ausweisung kommen in Abhängigkeit von konkreten Nachnutzungswünschen *die Kategorien Mischgebiet, Sondergebiet* oder auch *eingeschränktes Gewerbegebiet* in Frage. Für das sehr gut erhaltene Wirtschaftsgebäude muß eine geeignete Nachnutzung noch gefunden werden (evtl. Großküche oder Diskothek?).

Um die Beeinträchtigung durch das neue Gewerbegebiet im Norden gering zu halten, wird eine Trennung der Erschließungssysteme im nördlichen und südlichen Teil der Liegenschaft vorgeschlagen. Die Erschließung des südlichen Bereiches erfolgt über die Braunschweiger Straße im Bereich der heutigen Wache. Die Unterkunftsgebäude mit dem Standard „Kaserne 2000“ bieten sich u. a. auch für die temporäre Unterbringung, z. B. von jungen Menschen zu Ausbildungszwecken an (z. B. Zivildienstschule, Sportschule o. ä.). Problematischer ist die Nachnutzung der neueren Unterkunftsgebäude im Osten der Liegenschaft. Diese liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gewerbegebiet Rautheim-Nord, was bei einer Wohnnutzung zu erheblichem Aufwand für Lärmschutzmaßnahmen führen würde.

Ungeklärt ist auch die Frage, welcher Nachnutzung das hochwertige Kasino zugeführt werden soll (Hotel, Jugendherberge?).

Als gestalterisches Grundprinzip hier wie auch in der Roselie-Kaserne sollte die orthogonale Anlage der Bauten bzw. der Erschließungstrassen aufgegriffen bzw. weiterentwickelt werden. Die beiden in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Erschließungsachsen im Westen bzw. in der Mitte der Heinrich der Löwe-Kaserne könnten durch ergänzende Baumpflanzungen zu Grünachsen ausgebaut werden und so maßgeblich zur Orientierung beitragen. Im Bereich nördlich und südlich des zu erhaltenden Regenrückhaltebeckens sind weitere Baufelder für gewerbliche Zwecke vorstellbar.

Nachnutzungskonzept Roselies-Kaserne

Im Gegensatz zu den vorgenannten Liegenschaften erscheint es in Anbetracht der Nachbarschaft zur Lindenbergersiedlung als richtig, eine weitgehende Umnutzung des Areals der Roselies-Kaserne zu Wohnzwecken anzustreben. Dabei werden nur wenige Gebäude (Mannschaftsgebäude am Möncheweg) unter Umständen im Bestand zu erhalten und für Bürozwwecke oder Wohnen umzunutzen sein, sofern sich hierfür Investoren finden lassen. Die restlichen Gebäude sollen dagegen abgerissen werden, um hier ein zusammenhängendes Einfamilienhausgebiet zu ermöglichen. Laut GEWOS-Studie aus dem Jahr 2003 besteht nach wie vor bis zum Jahr 2015 Bedarf für ca. 4.000 Einfamilienhäuser in Braunschweig. Das Ergebnis einer Untersuchung der vorhandenen und prognostizierten Schallimmissionen schränkt die für Wohnzwecke nutzbare Kasernenfläche allerdings ein: Zum Möncheweg und zur Rautheimer Straße hin werden im Rahmen der Bebauungsplanung die erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen bzw. Abstände im Detail geklärt. Im spitzwinkligen Kreuzungsbereich dieser beiden Straßen im Norden wird eine Teilfläche wegen der Verkehrsimmissionen lediglich Mischgebietscharakter haben können.

Auch hier sollen die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Erschließungstrassen zu Grünachsen aufgewertet werden und der Orientierung dienen.

Im Westen der Kaserne soll ein 5 bis 10 m breiter Streifen für den potenziellen Ausbau des Möncheweges bereitgestellt werden, ebenso wie im Bereich des Knotenpunktes Möncheweg/Rautheimer Straße mit dem Ziel, hier einen fahrdynamisch günstigeren Knoten zu entwickeln. Es bleibt zu prüfen, ob das Wirtschaftsgebäude zu Teilen als soziale Infrastruktur Verwendung finden kann. Der südöstliche Teil der Roselies-Kaserne wie auch der südöstliche Teil der Heinrich der Löwe-Kaserne sollen nicht vollständig baulich nachgenutzt werden, um mittel- bis langfristig die Anlage eines Grünzuges südlich der Roselies-Kaserne etwa im Bereich der dort gelegenen Hochspannungsleitungen zu ermöglichen. Dieser Grünzug wäre Bestandteil des städtischen Freiraumsystems „Ringe und Achsen“, der einerseits ein wichtiges Teilstück in der Grünvernetzung von der Oker bis zur Wabeaue darstellt und andererseits die Ortsteile Lindenberg und Südstadt und zukünftig die Ortsteile Kasernen/Rautheim voneinander trennen soll. Der Grünzug soll etwa 100 m breit sein; er könnte verschiedene Freiraumnutzungen integrieren.

Aus städtebaulicher Sicht sollte die Möglichkeit einer Erweiterung der Wohnnutzung nach Süden bis hin zu den Hochspannungsleitungen offengehalten werden. Die Stadt ist bereits auf die Eigentümer zugegangen, allerdings ohne Erfolg, da die Eigentümer nicht zu akzeptablen Bedingungen mitwirkungsbereit sind. Sollte sich die Haltung der Eigentümer ändern, könnte der Geltungsbereich des Bebauungsplanes entsprechend erweitert werden.

Weitere Schritte

Nach Aufgabe der militärischen Nutzung Ende dieses Jahres werden die Liegenschaften insgesamt an das Bundesvermögensamt übergeben. Das BVA hat angekündigt, dann den Verzicht auf den Fachplanungsvorbehalt auszusprechen. Das BVA hat die Aufgabe, die Liegenschaften zum Verkehrswert zur Nachnutzung zu veräußern.

Bevor dies geschehen kann, muß verbindliches Planungsrecht geschaffen werden und der Flächennutzungsplan geändert werden. Es ist vorgesehen einen städtebaulichen Vertrag zwischen Bund/Investor und Stadt zu schließen, in dem sich der Bund/Investor verpflichtet, die Kosten für die verbindliche Bauleitplanung zu tragen sowie die infrastrukturellen Folgekosten. Es wird vorgeschlagen, in Anbetracht der Größe der Liegenschaften drei Bebauungspläne aufzustellen. Die Konkretisierung der Nutzungsvorstellungen erfordert parallel zur Aufstellung der B-Pläne die Akquisition von „Nachnutzern“ durch das BVA.

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieser Vorlage:

- Anlage 1: 82. Flächennutzungsplanänderung Rautheimer Kasernen, Übersichtskarte
- Anlage 2: Geltungsbereich Bebauungsplan Lager und Betriebshof, RI 11
- Anlage 3: Geltungsbereich Bebauungsplan Heinrich-der-Löwe-Kaserne, AW 100
- Anlage 4: Geltungsbereich Bebauungsplan Roselieskaserne, AW 99
- Anlage 5: Nachnutzung Rautheimer Kasernen, Bestand
- Anlage 6: Nachnutzung Rautheimer Kasernen, Nutzungskonzept

I. V.

Zwafelink



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	6. Dez. 2004	677/04
Absender Ratsherr Udo Sommerfeld Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	21. Dez. 2004	
Betreff Kolonialdenkmal		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

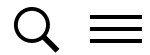
Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:

Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal“ anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal“ für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal“ als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:

Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS



Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 9653/05



Betreff: Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal
Text für eine Informationstafel

Status: öffentlich **Vorlage-** Beschlussvorlage

Art: [Vorlage](#) [Sachverhalt](#)

Federführend: 41
Fachbereich
Kultur und
Wissenschaft

Beratungsfolge:

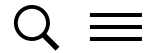
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120
Östliches Ringgebiet
08.06.2005 TO [StBezRat 120](#) (offen) (9653/05)
[Östliches Ringgebiet](#)

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister FB Kultur	Drucksache 9653/05	Datum 11. Mai 05





Vorlage

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>			<i>Beschluss</i>			
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>	ange- nom- men	abge- lehnt	geän- dert	pas- siert
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	8. Juni 05	X					
Kulturausschuss (nachrichtlich)	14. Juni 2005	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein

Überschrift, Beschlussvorschlag

Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Text für eine Informationstafel

Dem Textvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Begründung:

In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus ist geplant, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzses Feld eine künstlerische

Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal zu erarbeiten. Begleitet werden soll dieses Projekt von einer Mitarbeiterin der Hochschule für Bildende Künste. Die Hochschule für Bildende Künste ist dazu bereits angefragt worden.

In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachenummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, folgenden Text auf einer Informationstafel anzubringen:

Das von Professor Herman Flesche (1886-1972) geplante und von dem Bildhauer Professor Jakob Hofmann (1876-1955) ausgeführte Kolonialdenkmal wurde 1925 als Abschluß der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße, der heutigen Jasperallee, errichtet. Das Denkmal geht auf die Initiative des Braunschweiger „Vereins der ehemaligen Ostasiaten und Afrikaner“ zurück.

Das Kolonialdenkmal legt Zeugnis davon ab, daß auch nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges in der Zeit der ersten deutschen Demokratie verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht akzeptierten, daß Kolonialherrschaft Mißachtung der Rechte und Unterdrückung der Kolonialvölker bis hin zum Völkermord bedeutete.

Deutlich wird diese unkritische Sichtweise in einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung am 1. April 1925, der rd. zweieinhalb Monate vor der Einweihung erschien. Das nachfolgende Zitat wurde gewählt, um die Einschätzung der Kolonialfrage in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen:

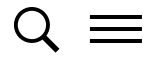
„[...]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonialdenkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[...]

Der Kolonialismus mit seinen Auswirkungen auf die besetzten Länder ist heute besonders der jüngeren Generation nicht mehr präsent. Denkmäler wie dieses sind Zeugnis einer Geisteshaltung, die aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und in besonderer Weise erläuterungsbedürftig ist. Diese Tafel dient daher der Einordnung des Denkmals in den historischen Kontext seiner Entstehungszeit und in das geänderte historische Verständnis der Gegenwart.

I. V.

gez.

Laczny



Stadt Braunschweig

Stadt Braunschweig		<i>TOP</i>	
Der Oberbürgermeister FB Kultur 41.1 Abt. Kulturinstitut	<i>Drucksache</i> 7295/05	<i>Datum</i> 14. Jan. 05	
Mitteilung	<i>Beteiligte FB /Referate /Abteilungen</i> Abt. 61.3		
Beratungsfolge	Sitzung		
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>
Kulturausschuss	4. Febr. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt

Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum künftigen Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Dem Antrag des Ratsherrn Sommerfeld vom 6. Dez. 2004 (Nr. 677/04, siehe Anlage) hinsichtlich der Überführung des Kolonialdenkmals in ein Museum bzw. dem alternativ vorgeschlagenen Abriß hat der Rat in seiner Sitzung am 21. Dez. 2004 nicht stattgegeben.

Auslöser der Behandlung der Frage zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Kolonialdenkmals war bereits eine Anfrage der SPD-Fraktion an den Stadtbezirksrat 120 (Östliches Ringgebiet) zu dessen Sitzung am 17. März 2004. Im Nachgang wurde der Umgang mit dem Denkmal in den Sitzungen des Stadtbezirksrates 120 am 28. April, 16. Juni und 1. September 2004 behandelt. Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß ungeachtet seiner heute nicht mehr akzeptablen politischen Aussage das Kolonialdenkmal einen wichtigen Beitrag für die Denkmalkultur Braunschweigs darstellt.

Eine Umsetzung in ein Museum sollte nicht erfolgen, da sich dadurch nicht etwa eine Milderung seiner politischen Aussage erzielen lassen würde, sondern das genaue Gegenteil der Fall wäre. Ein öffentliches, kontrovers diskutierbares Denkmal wird aus seinem Kontext gerissen und vermeintlich in den Räumen eines Museums in seiner Aussage neutralisiert. Entscheidend ist jedoch die Kommentierung des Denkmals. Dies sollte und kann am besten am originalen Standort passieren.

In diesem Sinne wurde auch der zuständige Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 informiert. Der Bezirksrat hat sich mit diesem Vorgehen der Nichtentfernung einverstanden erklärt und ferner dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Umgang zugestimmt. Es soll somit dafür Sorge getragen werden, daß dem Betrachter eine korrekte historische Einordnung möglich ist und nicht der Trugschluß entsteht, das Denkmal könne aus der jüngeren Vergangenheit stammen.

Es soll daher eine Erläuterungstafel in unmittelbarer Nähe zum Denkmal angebracht werden. Gemäß einem Vorschlag des zuständigen Stadtteilheimatpflegers soll ein Zitat aus einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 als Interimslösung auf einer Tafel angebracht werden.

Es handelt sich dabei um folgende Passage eines längeren Artikels:

„[...]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[...] Aus: Braunschweigische Landeszeitung vom 01. April 1925“

Die Erstellung und Anbringung der Tafel erfolgt kurzfristig unter Einbindung des Stadtbezirksrates 120 und des Stadtteilheimatpflegers. Die städtische Denkmalpflege wird gleichfalls beteiligt. Flankiert werden soll diese Interimslösung zusätzlich durch die Integration eines erläuternden Textes zum Kolonialdenkmal und seiner historischen Einordnung in das Internetportal „Vernetztes Gedächtnis“. Ein entsprechender Eintrag befindet sich in Arbeit. Mit der Einstellung in das Internetportal ist im ersten Quartal 2005 zu rechnen.

In einem nächsten Schritt wird ein Gesamtkonzept zur Einordnung des Denkmals im Rahmen eines noch zu initiiierenden Schülerprojektes erarbeitet. Dieses wird vom Fachbereich Kultur begleitet. Die Umsetzung des Schülerprojektes erfolgt in 2006.

I. V.

gez.

Laczny



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	6. Dez. 2004	677/04
Absender Ratsherr Udo Sommerfeld Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	21. Dez. 2004	
Betreff Kolonialdenkmal		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

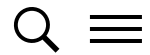
Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:

Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal“ anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal“ für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal“ als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:

Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS



Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 7295/05



Betreff: Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum künftigen Umgang mit dem Kolonialdenkmal

[Vorlage](#)
[Beschlüsse](#)

[Sachverhalt](#)

Status: öffentlich **Vorlage-
Art:** Mitteilung

Federführend: 41 Fachbereich
Kultur und
Wissenschaft

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft

04.02.2005 to [Ausschuss
für Kultur
und
Wissenschaft](#) ungeändert (7295/05)
beschlossen

1

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister

Drucksache

Datum

FR 16.11.05

7295/05

11.11.05

<u>41.1 Abt. Kulturinstitut</u>			
<u>Mitteilung</u>	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen <u>Abt. 61.3</u>		
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>		
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>
Kulturausschuss	4. Febr. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt

Antrag von Herrn Ratsherr Sommerfeld zur Sitzung des Rates am 21. Dez. 2004 zum künftigen Umgang mit dem Kolonialdenkmal

Dem Antrag des Ratsherrn Sommerfeld vom 6. Dez. 2004 (Nr. 677/04, siehe Anlage) hinsichtlich der Überführung des Kolonialdenkmals in ein Museum bzw. dem alternativ vorgeschlagenen Abriß hat der Rat in seiner Sitzung am 21. Dez. 2004 nicht stattgegeben.

Auslöser der Behandlung der Frage zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des Kolonialdenkmals war bereits eine Anfrage der SPD-Fraktion an den Stadtbezirksrat 120 (Östliches Ringgebiet) zu dessen Sitzung am 17. März 2004. Im Nachgang wurde der Umgang mit dem Denkmal in den Sitzungen des Stadtbezirksrates 120 am 28. April, 16. Juni und 1. September 2004 behandelt. Im Ergebnis läßt sich festhalten, daß ungeachtet seiner heute nicht mehr akzeptablen politischen Aussage das Kolonialdenkmal einen wichtigen Beitrag für die Denkmalkultur Braunschweigs darstellt.

Eine Umsetzung in ein Museum sollte nicht erfolgen, da sich dadurch nicht etwa eine Milderung seiner politischen Aussage erzielen lassen würde, sondern das genaue Gegenteil der Fall wäre. Ein öffentliches, kontrovers diskutierbares Denkmal wird aus seinem Kontext gerissen und vermeintlich in den Räumen eines Museums in seiner Aussage neutralisiert. Entscheidend ist jedoch die Kommentierung des Denkmals. Dies sollte und kann am besten am originalen Standort passieren.

In diesem Sinne wurde auch der zuständige Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 informiert. Der Bezirksrat hat sich mit diesem Vorgehen der Nichtentfernung einverstanden erklärt und ferner dem Vorschlag der Verwaltung zum weiteren Umgang zugestimmt. Es soll somit dafür Sorge getragen werden, daß dem Betrachter eine korrekte historische Einordnung möglich ist und nicht der Trugschluß entsteht, das Denkmal könne aus der jüngeren Vergangenheit stammen.

Es soll daher eine Erläuterungstafel in unmittelbarer Nähe zum Denkmal angebracht werden. Gemäß einem Vorschlag des zuständigen Stadtteilheimatpflegers soll ein Zitat aus einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 als Interimslösung auf einer Tafel angebracht werden.

Es handelt sich dabei um folgende Passage eines längeren Artikels:

„[...]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[...] Aus: Braunschweigische Landeszeitung vom 01. April 1925“

Die Erstellung und Anbringung der Tafel erfolgt kurzfristig unter Einbindung des Stadtbezirksrates 120 und des Stadtteilheimatpflegers. Die städtische Denkmalpflege wird gleichfalls beteiligt. Flankiert werden soll diese Interimslösung zusätzlich durch die Integration eines erläuternden Textes zum Kolonialdenkmal und seiner historischen Einordnung in das Internetportal „Vernetztes Gedächtnis“. Ein entsprechender Eintrag befindet sich in Arbeit. Mit der Einstellung in das Internetportal ist im ersten Quartal 2005 zu rechnen.

In einem nächsten Schritt wird ein Gesamtkonzept zur Einordnung des Denkmals im Rahmen eines noch zu initiiierenden Schülerprojektes erarbeitet. Dieses wird vom Fachbereich Kultur begleitet. Die Umsetzung des Schülerprojektes erfolgt in 2006.

I. V.

gez.

Laczny



Antrag

Öffentlich

Absender

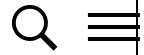
Datum

6. Dez. 2004

Nummer

677/04

<u>Ratsherr Udo Sommerfeld</u>	
Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig	
Adressat <u>Oberbürgermeister Dr. Hoffmann</u>	
Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig	
Gremium	Sitzungstermin
Rat	21. Dez. 2004
Betreff Kolonialdenkmal	



Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

Das Kolonialdenkmal an der Jasperallee wird nach Möglichkeit in ein Museum überführt und dort mit begleitenden, kolonialkritischen Tafeln über die menschenverachtenden Auswirkungen des deutschen Kolonialismus gezeigt. Ist dies nicht möglich, soll es abgerissen werden.

Begründung:

Bis zum vergangenen Jahr kam es an besagten „Denkmal“ anlässlich des Volkstrauertages zu Kranzniederlegungen durch die Stadt Braunschweig. Nachdem der Leiter des Landesmuseums, Herr Biegel, in der Presse darauf hingewiesen hat, dass hier nicht der Toten gedacht, sondern an die ehem. deutschen Kolonien erinnert werde, kam es zum Umdenken. Da dieses „Denkmal“ für den deutschen Kolonialismus steht, bat auch der Geschäftsführer des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. darum, die Kranzniederlegungen einzustellen. Dieser Aufforderung schloss sich schließlich auch der Oberbürgermeister an. Die bloße Einstellung der Kranzniederlegung reicht allerdings nicht aus, besteht doch das „Denkmal“ als Verhöhnung der Opfer des Kolonialismus weiter. Da es nun einmal da ist, sollte überlegt werden, ob es in einem Museum nicht für einen guten Zweck verwendet werden könnte, nämlich über das menschenverachtende System des deutschen Kolonialismus zu informieren. Falls dies nicht möglich ist, soll es abgerissen werden. Dies ist immer noch besser, als weiter einen positiven Bezug zum deutschen Kolonialismus in Braunschweig stehen zu lassen.

Antragsteller:

Udo Sommerfeld
Ratsherr PDS

Der Oberbürgermeister
Bezirksgeschäftsstelle Mitte
10-311/35

Braunschweig, 16. März 2005

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtbezirksrates 120 – Östliches Ringgebiet

Lfd. Nr.	Datum	Ort	Zeit
22	9. März 2005	Studiosaal der Brunsviga, Karlststraße 35	19:30 Uhr – 21:00 Uhr

Anwesende: siehe Anlage

I. Öffentlicher Teil:

Herr Bezirksbürgermeister Jordan eröffnet um 19:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlußfähigkeit des Stadtbezirksrates fest. Entschuldigt fehlen Frau König, Frau Grigat, Frau Mühlich, Frau Peters, Herr Stölting und Herr Strohbach. Herr Dr. Kleemeyer nimmt ab 19:55 Uhr an der Sitzung teil. Nach Durchführung der Einwohnerfragestunde bis 19:50 Uhr läßt Herr Bezirksbürgermeister Jordan über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 12 dafür 0 dagegen 0 Enthaltungen

Punkt 1: Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 26. Januar 2005

Herr Kablitz, B90/GRÜNE, weist auf Punkt 4 der Niederschrift hin und bittet, unter der Maßnahme „Spitzwegstraße“ Satz 2 wie folgt zu verändern:

“Herr Kablitz, B90/GRÜNE, befürwortet die von der Verwaltung vorgesehene Variante 2 und weist darauf hin, daß mit der Entscheidung für diese Variante eine Grundsatzentscheidung für das gesamte Malerviertel getroffen wird.“

Herr Bezirksbürgermeister Jordan läßt über die so geänderte Niederschrift abstimmen.

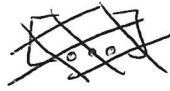
Beschluß: (Genehmigung der Niederschrift gem. § 49 Abs. 2 i. V. m. § 55 b Abs. 4 NGO)

Abstimmungsergebnis: 12 dafür 0 dagegen 1 Enthaltung

Punkt 2: a) Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über die am 18. Februar 2005 erfolgte Kinderbeteiligung für die Planung der Umgestaltung des Kinderspielplatzes Menzelstraße.
- Herr Bezirksbürgermeister Jordan berichtet über den am 21. Februar 2005 durchgeführten Ortstermin am Andreeplatz. In dieser Angelegenheit werden noch einige Abstimmungsgespräche erfolgen. Danach werden die vorgesehene Gestaltung des Andreeplatzes und die geplante Verkehrs- und Straßenführung der Korfesstraße erneut im Stadtbezirksrat 120 -

Östliches Ringgebiet vorgestellt.



b) Mitteilungen der Verwaltung

Die Mitteilung des FB Finanzen, Abt. Liegenschaften, zur Sondernutzung von Teilen des Prinz-Albrecht-Parkes zur Durchführung eines Bezirkssportfestes der Berufsbildenden Schule I am 8. Juni 2005 wird zur Kenntnis gegeben.

Punkt 3: Anfragena) Husarenstraße/Ring (SPD)

Die Anfrage wird von Frau Hahn vorgetragen. Die schriftliche Mitteilung des FB Straßenbau und Verkehrswesen wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates verlesen und dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt.

b) Musikpavillon im Stadtpark (SPD/B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Frau Lütjohann vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

c) Befahren und Beparken des Mittelstreifens in der Jasperallee (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Nach mündlicher Mitteilung des FB Stadtgrün wurde der Verursacher der Schäden zwischen Paulikirche und Wilhelm-Bode-Straße zwischenzeitlich festgestellt. Die Schäden werden, sobald es die Witterung zulässt, behoben. Der Verursacher wird die Kosten übernehmen. Andere Möglichkeiten, als die bereits aufgestellten Parkbügel, die das Befahren der Mittelstreifen verhindern können, werden von seiten des FB Stadtgrün nicht gesehen. Die meisten Fahrzeuge parken widerrechtlich in den gepflasterten Kreuzungsbereichen. Dort handelt es sich um öffentlichen Straßenraum, der nach der Verkehrsordnung geahndet wird.

d) Unterholzreinigung im Stadtpark (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

e) Grünwaldstraße, Wiederbegrünung des Trennstreifens zwischen Straße und Radweg/Fußweg (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Frau Lütjohann vorgetragen. Nach mündlicher Mitteilung des FB Stadtgrün wurde der Grünstreifen nicht von Strauchwerk und Heckenbewuchs befreit, sondern es erfolgte eine gründliche Rückschnittmaßnahme und eine Entkrautung. Der Grünbestand ist noch vorhanden und wird wieder durchgetrieben. Eine Neubepflanzung ist nicht erforderlich. Herr Kablitz, B90/GRÜNE, bezweifelt diese Angaben und wird die Angelegenheit weiter beobachten.

f) Parkplatzsituation in der Firma Westermann (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kablitz vorgetragen. Die Verwaltung wird sich bemühen, die Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

g) Kolonialdenkmal, Hinweistafeln (B90/GRÜNE)

Die Anfrage wird von Herrn Kaiser vorgetragen. Die vorliegende Antwort des FB Kultur wird zur Kenntnis des Stadtbezirksrates 120 - Östliches Ringgebiet

verlesen und als **Anlage 2** dem Protokoll beigelegt. Der Stadtteilheimatpfleger Herr Wittwer wird ebenfalls eine Kopie der Antwort erhalten.

[...]

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister FB Kultur 41.1 Abt. Kulturinstitut	<i>Drucksache</i> 9653/05	<i>Datum</i> 11. Mai 05
--	------------------------------	----------------------------

Vorlage

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>			<i>Beschluss</i>			
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>	ange- nom- men	abge- lehnt	geän- dert	pas- siert
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	8. Juni 05	X					
Kulturausschuss (nachrichtlich)	14. Juni 2005	X					

Beteiligte Fachbereiche / Referate / Abteilungen	Beteiligung des Referates 0140 <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Anhörungsrecht des Stadtbezirksrats <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein	Vorlage erfolgt aufgrund Vorschlag/Anreg.d.StBzR <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein
---	---	--	---

Überschrift, Beschlussvorschlag

**Künftiger Umgang mit dem Kolonialdenkmal
Text für eine Informationstafel**

Dem Textvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

Begründung:

In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus ist geplant, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzshes Feld eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal zu erarbeiten. Begleitet werden soll dieses Projekt von einer Mitarbeiterin der Hochschule für Bildende Künste. Die Hochschule für Bildende Künste ist dazu bereits angefragt worden.

In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachenummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt.

Die Verwaltung schlägt daher vor, folgenden Text auf einer Informationstafel anzubringen:

Das von Professor Herman Flesche (1886-1972) geplante und von dem Bildhauer Professor Jakob Hofmann (1876-1955) ausgeführte Kolonialdenkmal wurde 1925 als Abschluß der damaligen Kaiser-Wilhelm-Straße, der heutigen Jasperallee, errichtet. Das Denkmal geht auf die Initiative des Braunschweiger „Vereins der ehemaligen Ostasiaten und Afrikaner“ zurück.

Das Kolonialdenkmal legt Zeugnis davon ab, daß auch nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges in der Zeit der ersten deutschen Demokratie verschiedene Bevölkerungsgruppen nicht akzeptierten, daß Kolonialherrschaft Mißachtung der Rechte und Unterdrückung der Kolonialvölker bis hin zum Völkermord bedeutete.

Deutlich wird diese unkritische Sichtweise in einem Artikel der Braunschweigischen Landeszeitung am 1. April 1925, der rd. zweieinhalb Monate vor der Einweihung erschien. Das nachfolgende Zitat wurde gewählt, um die Einschätzung der Kolonialfrage in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts zu verdeutlichen:

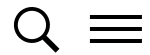
„[...]Um den Gedanken an unsere Kolonien wachzuhalten und das Interesse dafür im deutschen Volke zu wecken, vor allem aber auch um unseren weitab von der Heimat im fremden Weltteil gefallenen Helden, die im gleichen Kampfesmut bis zum Ende für unsere heißumstrittenen Kolonien gekämpft und gelitten haben, sinnbildlich monumental Unsterblichkeit zu verleihen, wird der Verein ehem. Ostasiaten und Afrikaner, ein kleiner Verein (75 Mitglieder), von denen Angehörige in jeder Kolonie gekämpft haben, im Stadtpark zu Braunschweig ein Kolonial-Denkmal errichten, dessen Einweihung voraussichtlich am 14. Juni d. J. erfolgen soll.[...]

Der Kolonialismus mit seinen Auswirkungen auf die besetzten Länder ist heute besonders der jüngeren Generation nicht mehr präsent. Denkmäler wie dieses sind Zeugnis einer Geisteshaltung, die aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und in besonderer Weise erläuterungsbedürftig ist. Diese Tafel dient daher der Einordnung des Denkmals in den historischen Kontext seiner Entstehungszeit und in das geänderte historische Verständnis der Gegenwart.

I. V.

gez.

Laczny



Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 7928/05



Betreff: Kolonialdenkmal / Sachstand
Erläuterungstafel und Schulprojekt [Vorlage](#)
[Beschlüsse](#)

Status: öffentlich **Vorlage-** Mitteilung
Art: Sachverhalt

Federführend: 41 Fachbereich
Kultur und
Wissenschaft

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft

18.11.2005 to Ausschuss ungeändert (7928/05)
für Kultur beschlossen
und
Wissenschaft

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister <u>FB Kultur</u> 41.1 Abt. Kulturinstitut	Drucksache 7928/05	Datum 1. Nov. 05



Mitteilung

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>		
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	18. Nov. 05	X	
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	30. Nov. 05	X	

Überschrift, Sachverhalt**Kolonialdenkmal / Sachstand Erläuterungstafel und Schulprojekt**

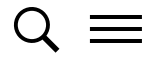
In seiner Sitzung am 1. Sept. 2004 hat der Stadtbezirksrat 120 auf Vorschlag des Ortsheimatpflegers Herrn Wittwer beschlossen, als Interimslösung ein Zitat aus einem Text der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. April 1925 zur Erläuterung und historischen Einordnung des Kolonialdenkmals am Denkmal anzubringen. Darüber hinaus sollte mit Schülerinnen und Schülern der IGS Franzshes Feld eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erarbeitet werden. In der Sitzung des Kulturausschusses am 4. Feb. 2005 (Drucksachenummer 7295/05) wurde ergänzend der Wunsch geäußert, das Zitat zusätzlich mit einem erläuternden Text zu versehen, der eindeutig unterstreicht, daß es sich um eine historische Quelle und nicht etwa um eine Berichterstattung der Gegenwart handelt. In seiner Sitzung am 8. Juni 2005 hat der Stadtbezirksrat 120 - Östliches Ringgebiet - diesem Textvorschlag zugestimmt (Drucksachenummer 9653/05). Der Kulturausschuß hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 14. Juni 2005 nachgehend zur Kenntnis erhalten.

Die als Interimslösung angelegte Erläuterungstafel zum Kolonialdenkmal wird in der ersten Dezemberhälfte aufgestellt.

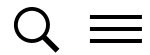
Hinsichtlich des geplanten Schulprojektes teile ich mit, daß die IGS Franzshes Feld, in deren unmittelbarer Nähe sich das Kolonialdenkmal befindet, eine Schüler-Arbeitsgruppe initiiert hat. Die Arbeitsgruppe wird von zwei Lehrern, die die Fächer Politik und Geschichte unterrichten, geleitet. Das Angebot wendet sich an Schülerinnen und Schüler des 10. bis 13. Jahrgangs. Im Anschluß an vorbereitende Recherchen zum geschichtlichen Hintergrund des Denkmals sowie zur Diskussion um seine Bedeutung, werden die Schülerinnen und Schüler Ideen und Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal entwickeln. Die Arbeitsgruppe beginnt ihre Arbeit im November 2005 und ist zunächst bis zu den Osterferien 2006 terminiert.

Über den Fortgang des Projektes werde ich berichten.

gez.



Laczny



Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 8074/06



Betreff: Schülerprojekt Kolonialdenkmal /
Sachstand [Vorlage](#)
[Beschlüsse](#)

Status: öffentlich **Vorlage-** Mitteilung
Art: Sachverhalt

Federführend: 41 Fachbereich
Kultur und
Wissenschaft

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft

27.01.2006 to Ausschuss ungeändert (8074/06)
für Kultur beschlossen
und
Wissenschaft

1

Stadt Braunschweig

		TOP
Der Oberbürgermeister <u>FB Kultur</u> <u>Abt. 41.1</u>	<i>Drucksache</i> 8074/06	<i>Datum</i> 11. Jan. 0



Mitteilung

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>	
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	27. Jan. 06	X
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	15. Febr. 06	X

-

Schülerprojekt Kolonialdenkmal / Sachstand

In der Mitteilung 7928/05 zu den Sitzungen des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur am 18. Nov. 2005 und des Stadtbezirksrates 120 am 30. Nov. 2005 kündigte die Verwaltung an, dass als Interimslösung die Erläuterungstafel zum Kolonialdenkmal im Dezember aufgestellt werden soll und in der IGS Franzses Feld eine Schülerarbeitsgruppe zum weiteren Umgang mit dem Denkmal initiiert wurde. Hierzu teile ich folgenden Sachstand mit:

Die Erläuterungstafel ist im Dezember in unmittelbarer Nähe des Denkmals installiert worden. Die Schüler-AG arbeitet seit November an der Auseinandersetzung mit dem Denkmal.

In der Schüler-AG haben sich unter Anleitung von zwei Lehrern der IGS, die die Fächer Politik und Geschichte unterrichten, 10 Schüler der Jahrgänge 12 und 13 mehrfach getroffen und sich u. a. anhand der dreiteiligen ZDF-Serie zum Thema „deutscher Kolonialismus“ in die Thematik eingearbeitet. Diese erste Phase der AG-Arbeit soll bis Ende Januar abgeschlossen werden.

Parallel dazu wurden vorläufige Ideen für eine öffentlichkeitswirksame Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal entwickelt, die Mitte Februar beginnen soll. Angedacht ist bisher eine zeitlich begrenzte Verhüllung des Denkmals im Rahmen einer Pressekonferenz, in der die Schüler ihre Motivation für diese Aktion erklären und die Bevölkerung zur Beteiligung an der Diskussion über die Bedeutung des Denkmals und über den Umgang mit Denkmälern aufrufen.

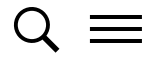
Nach Auswertung dieser Diskussion ist bisher entweder eine künstlerische Umgestaltung des Denkmals oder die Dokumentation der öffentlichen Debatte durch eine Ausstellung angedacht, bevor das Denkmal wieder enthüllt wird.

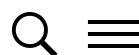
Aus denkmalpflegerischer Sicht bestehen keine Bedenken gegen eine zeitlich begrenzte Verhüllung des Denkmals.

I. V.

gez.

Laczny





Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage - 8466/06



Betreff: Kolonialdenkmal im Stadtpark /
Sachstand zum Kooperationsprojekt mit
der Gesamtschule
Franzsches Feld

[Vorlage
Beschlüsse](#)

[Sachverhalt](#)

Status: öffentlich **Vorlage-
Art:** Mitteilung

Federführend: 41 Fachbereich
Kultur und
Wissenschaft

Beratungsfolge:

Ausschuss für Kultur und
Wissenschaft

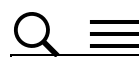
29.09.2006 to [Ausschuss
für Kultur
und
Wissenschaft](#) ungeändert (8466/06)
beschlossen

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk
120 Östliches Ringgebiet

13.09.2006 to [StBezRat
120
Östliches
Ringgebiet](#) (offen) (8466/06)



1

Stadt Braunschweig

TOP

Der Oberbürgermeister <u>FB Kultur</u> <u>Abt. 41.1</u>	<i>Drucksache</i> 8466/06	<i>Datum</i> 29. Aug. 06
<u>Mitteilung</u>		<i>Beteiligte FB /Referate /Abteilung</i>
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>	
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet	13. Sept. 06	X
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	29. Sept. 06	X

Kolonialdenkmal im Stadtpark / Sachstand zum Kooperationsprojekt mit der Gesamtschule Franzsesches Feld

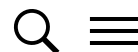
Das Kolonialdenkmal im Stadtpark steht bereits seit mehreren Jahren in der öffentlichen Diskussion. Die politischen Gremien der Stadt Braunschweig beschäftigten sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Thematik.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) wurde in seiner Sitzung am 4. Feb. 2005 darüber informiert, dass das Denkmal entsprechend einem Ratsbeschluss vom 21. Dez. 2004 an seinem bisherigen Standort verbleiben soll (Mitteilung Nr. 7295/05). Zur historischen Einordnung der Aussage des Denkmals kündigte die Verwaltung ein Gesamtkonzept an. Im AfKW wurde der Wunsch geäußert, ein bereits zuvor als „Zwischenlösung“ am Denkmal angebrachtes Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. Apr. 1925 mit einem erläuternden Text zu versehen, der den historischen Kontext des Denkmals erläutert.

Dem Vorschlag des AfKW folgend beschloss der Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung vom 8. Juni 2005, eine zusätzliche Informationstafel mit ausführlicheren Erläuterungen am Kolonialdenkmal anzubringen (Vorlage Nr. 9653/05). In Kooperation mit der IGS Franzsesches Feld initiierte die Stadt Braunschweig ein temporäres Schülerprojekt, durch welches eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erfolgen soll. Eine Schülerarbeitsgruppe entwickelt dabei Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal. Der AfKW und der Stadtbezirksrat 120 wurden fortlaufend über den jeweiligen Sachstand des Projekts informiert (Mitteilungen 7928/05, 8074/06 und 8283/06).



Der aktuelle Sachstand des Schülerprojekts stellt sich wie folgt dar:



Am 18. Juli 2006 fand die geplante öffentliche Verhüllung des Kolonialdenkmals durch die AG „Kolonialdenkmal“ in Zusammenarbeit mit der Bildhauerin Petra Förster mit finanzieller Beteiligung des Kulturinstituts (3.000,- €) statt. Im Laufe von mehreren Wochen sollen insgesamt 4 verschiedene Zitate mit Bezug zur Kolonialzeit an die Stoffhülle des Denkmals angebracht werden, um so zum Nachdenken über das Kolonialdenkmal und seinen Kontext anzuregen. In diesem Sinn hat das Projekt den Arbeitstitel „DENKmal anders“ erhalten. „DENKmal anders“ fand seither öffentliche Beachtung auch in der Presse (s. Anlage 1 Artikel der „BZ“ vom 19. Juli 2006 und Anlage 2 Artikel der „nb“ vom 23. Juli 2006).

Am 3. Aug. 2006 wurde die Stoffhülle zerrissen, das daran befindliche Zitat entwendet und ein Hinweisschild auf die Projektgruppe der IGS entfernt. Die Arbeitsgruppe entschied, das Denkmal erneut zu verhüllen und das Projekt wie geplant fortzusetzen. Das Kulturinstitut stellte hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 500,- € zur Verfügung, aus denen Materialkosten und die Herstellung der neuen Erläuterungstafel finanziert wurden, um so den reibungslosen Fortgang des Schülerprojektes zu gewährleisten.

Am 18. Aug. 2006 erfolgte in kleinerem Rahmen eine Neuverhüllung (s. Anlage 3 Artikel der „BZ“ vom 19. Aug. 2006). Um die Hintergründe und Absichten des Projekts noch deutlicher zu kommunizieren, wurde gleichzeitig der am 19. Juli 2006 anlässlich der ersten Verhüllung erschienene BZ-Artikel auf einer Edelstahl-Platte im Boden in unmittelbarer Nähe der bereits vorhandenen Erläuterungstafel verankert (Tafeltext s. Anlage 1).

Die temporäre Aktion soll am 5. Okt. 2006 mit einem kleinen Abschlussfest beendet werden. Das Denkmal wird zu diesem Termin wieder enthüllt werden.

Die AG plant nach derzeitigem Informationsstand, eine längerfristige weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus anzuregen. Hierfür soll mit Beginn des neuen Schuljahres 2006/2007 ein Antrag an die Gesamtkonferenz der IGS Franzsesches Feld gestellt werden, zukünftig das Thema „Deutsche Kolonialgeschichte“ verbindlich in das Schulcurriculum aufzunehmen. Eine Dokumentation der Verhüllungsaktion soll auf der schuleigenen Homepage veröffentlicht werden. Darüber hinaus planen die Schüler die Präsentation von Filmen und Vorträgen zum Thema Kolonialismus in der IGS Franzsesches Feld. Hierzu sollen auch Schüler anderer Schulen eingeladen werden.

I. V.
Gez.

Laczny

Stadt Braunschweig

Stadt Braunschweig		TOP	
Der Oberbürgermeister FB Kultur Abt. 41.1	Drucksache 8466/06	Datum 29. Aug. 06	
Mitteilung	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen		
Beratungsfolge	Sitzung		
	Tag	Ö	N
Stadtbezirksrat 120 Östliches Ringgebiet Ausschuss für Kultur und Wissenschaft	13. Sept. 06 29. Sept. 06	X X	

Kolonialdenkmal im Stadtpark / Sachstand zum Kooperationsprojekt mit der Gesamtschule Franzsesches Feld

Das Kolonialdenkmal im Stadtpark steht bereits seit mehreren Jahren in der öffentlichen Diskussion. Die politischen Gremien der Stadt Braunschweig beschäftigten sich in der Vergangenheit wiederholt mit der Thematik.

Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) wurde in seiner Sitzung am 4. Feb. 2005 darüber informiert, dass das Denkmal entsprechend einem Ratsbeschluss vom 21. Dez. 2004 an seinem bisherigen Standort verbleiben soll (Mitteilung Nr. 7295/05). Zur historischen Einordnung der Aussage des Denkmals kündigte die Verwaltung ein Gesamtkonzept an. Im AfKW wurde der Wunsch geäußert, ein bereits zuvor als „Zwischenlösung“ am Denkmal angebrachtes Zitat aus der Braunschweigischen Landeszeitung vom 1. Apr. 1925 mit einem erläuternden Text zu versehen, der den historischen Kontext des Denkmals erläutert.

Dem Vorschlag des AfKW folgend beschloss der Stadtbezirksrat 120 in seiner Sitzung vom 8. Juni 2005, eine zusätzliche Informationstafel mit ausführlicheren Erläuterungen am Kolonialdenkmal anzubringen (Vorlage Nr. 9653/05). In Kooperation mit der IGS Franzsesches Feld initiierte die Stadt Braunschweig ein temporäres Schülerprojekt, durch welches eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Kolonialdenkmal erfolgen soll. Eine Schülerarbeitsgruppe entwickelt dabei Lösungsansätze zum künftigen Umgang mit dem Denkmal. Der AfKW und der Stadtbezirksrat 120 wurden fortlaufend über den jeweiligen Sachstand des Projekts informiert (Mitteilungen 7928/05, 8074/06 und 8283/06).

Der aktuelle Sachstand des Schülerprojekts stellt sich wie folgt dar:

Am 18. Juli 2006 fand die geplante öffentliche Verhüllung des Kolonialdenkmals durch die AG „Kolonialdenkmal“ in Zusammenarbeit mit der Bildhauerin Petra Förster mit finanzieller Beteiligung des Kulturinstituts (3.000,- €) statt. Im Laufe von mehreren Wochen sollen insgesamt 4 verschiedene Zitate mit Bezug zur Kolonialzeit an die Stoffhülle des Denkmals angebracht werden, um so zum Nachdenken über das Kolonialdenkmal und seinen Kontext anzuregen. In diesem Sinn hat das Projekt den Arbeitstitel „DENKmal anders“ erhalten. „DENKmal anders“ fand seither öffentliche Beachtung auch in der Presse (s. Anlage 1 Artikel der „BZ“ vom 19. Juli 2006 und Anlage 2 Artikel der „nb“ vom 23. Juli 2006).

Am 3. Aug. 2006 wurde die Stoffhülle zerrissen, das daran befindliche Zitat entwendet und ein Hinweisschild auf die Projektgruppe der IGS entfernt. Die Arbeitsgruppe entschied, das Denkmal erneut zu verhüllen und das Projekt wie geplant fortzusetzen. Das Kulturinstitut stellte hierfür zusätzliche Mittel in Höhe von ca. 500,- € zur Verfügung, aus denen Materialkosten und die Herstellung der neuen Erläuterungstafel finanziert wurden, um so den reibungslosen Fortgang des Schülerprojektes zu gewährleisten.

Am 18. Aug. 2006 erfolgte in kleinerem Rahmen eine Neuverhüllung (s. Anlage 3 Artikel der „BZ“ vom 19. Aug. 2006). Um die Hintergründe und Absichten des Projekts noch deutlicher zu kommunizieren, wurde gleichzeitig der am 19. Juli 2006 anlässlich der ersten Verhüllung erschienene BZ-Artikel auf einer Edelstahl-Platte im Boden in unmittelbarer Nähe der bereits vorhandenen Erläuterungstafel verankert (Tafeltext s. Anlage 1).

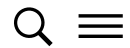
Die temporäre Aktion soll am 5. Okt. 2006 mit einem kleinen Abschlussfest beendet werden. Das Denkmal wird zu diesem Termin wieder enthüllt werden.

Die AG plant nach derzeitigem Informationsstand, eine längerfristige weitergehende Auseinandersetzung mit dem Thema Kolonialismus anzuregen. Hierfür soll mit Beginn des neuen Schuljahres 2006/2007 ein Antrag an die Gesamtkonferenz der IGS Franzses Feld gestellt werden, zukünftig das Thema „Deutsche Kolonialgeschichte“ verbindlich in das Schulcurriculum aufzunehmen. Eine Dokumentation der Verhüllungsaktion soll auf der schuleigenen Homepage veröffentlicht werden. Darüber hinaus planen die Schüler die Präsentation von Filmen und Vorträgen zum Thema Kolonialismus in der IGS Franzses Feld. Hierzu sollen auch Schüler anderer Schulen eingeladen werden.

I. V.
Gez.

Laczny

Anlagen



Rat und Stadtbezirksräte

Vorlage 20-13807 - Beschlüsse



Betreff: Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt

Status: öffentlich **Vorlage- Art:** Antrag (öffentlich)

[Vorlage](#)
[Vorlage](#)
[Vorlage-Sammeldokument](#)

Federführend: 0100 Referat
Steuerungsdiens

Beratungsfolge:

Verwaltungsausschuss		Vorberatung
07.07.2020	Sitzung des Verwaltungsausschusses	
Rat der Stadt Braunschweig		Entscheidung
14.07.2020	to Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig	PA
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft		Vorberatung
Verwaltungsausschuss		Vorberatung
Rat der Stadt Braunschweig		Entscheidung

07.07.2020 Verwaltungsausschuss
(Keine Berechtigung zur Anzeige dieser Information)
14.07.2020 Rat der Stadt Braunschweig

Beschluss (geändert):

Der Antrag 20-13807 wird zur Beratung in den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

bei 3 Gegenstimmen beschlossen

Betreff:

Umgang mit belasteten Denkmälern in der Stadt

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.07.2020

Beratungsfolge:

		Status
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.07.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.07.2020	Ö

Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

- „1. Die Verwaltung untersucht und bewertet die Liste der Denkmäler in der Stadt Braunschweig. Dazu erfolgt eine Erläuterung bzw. historische Darstellung des jeweiligen Denkmals unter den Gesichtspunkten unbedenklich, bedenklich / kritisch / belastet.
2. Die so bewertete Liste der Denkmäler wird in einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt und diskutiert.
3. Die von Bürger*innen und Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse werden dem Rat vorgelegt, der abschließend über das weitere Verfahren mit den Denkmälern im Einzelfall entscheidet.“

Sachverhalt:

In der Braunschweiger Zeitung vom 17.06.2020 erschienen umfangreiche Berichte über die Behandlung von fragwürdigen Denkmälern in Braunschweig. „Im Zusammenhang mit der brutalen Tötung des US-Amerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten wackeln die Denkmäler,“ heißt es. „Weltweit wird über Standbilder, Orts- und Straßennamen debattiert, die noch heute das Andenken an Sklavenhändler und -halter, Entdecker, Imperialisten, Kolonisten und Rassisten hochhalten. Auch in unserer Region stehen Ehrenmäler für die deutsche Kolonialherrschaft, die in Afrika Zigtausende Menschen das Leben kostete.“

In den Berichten aufgeworfen wird die Frage nach einem angemessenen Umgang mit diesen Denkmälern. Für einen kreativen Umgang mit historisch belasteten Denkmälern plädiert Historiker Jürgen Zimmerer in der Zeitung. Kulturstaatsministerin Grütters (CDU) wird dahingehend zitiert, dass es Gründe geben kann, Denkmäler zu demontieren. Diesem „Bildersturm“ müssten aber Debatten in der Bevölkerung vorausgehen. In Braunschweig existiert eine Reihe belasteter Denkmäler:

1. Erst 2012 wurde im Rat der Stadt mehrheitlich beschlossen, im so genannten „Roselies“-Baugebiet Gedenksteine aufzustellen, die u.a. dem Andenken der „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ dienen sollen. 2015 hatte die Bundesrepublik Deutschland offiziell durch den damaligen Bundespräsidenten Gauck und Parlamentspräsident Lammert die Kriegsführung der dort geehrten „Schutztruppe Deutsch-Südwest“ als Völkermord bezeichnet. Die Stadt Braunschweig wollte sich diesen Erklärungen auf höchster Ebene 2015 nicht anschließen, indem mit Ds. 15-00503-01 in Abgrenzung zum Bundespräsidenten erklärt wurde: „Bis heute gibt es von Seiten der Bundesrepublik Deutschland keine offizielle Anerkennung der Kriegsführung der ‚Schutztruppe Deutsch-Südwest‘ in Namibia als Völkermord.“ Der Bundestag habe sich diesen Äußerungen noch nicht angeschlossen, erklärte die Stadt in ihrer fadenscheinigen Antwort auf die BIBS-Anfrage zum Thema.

2. Das so genannte „Kolonialdenkmal“ befindet sich am Rande des Braunschweiger Stadtparks. Errichtet wurde es 1925, acht Jahre nach dem Ende des deutschen Kolonialreichs, vom „Verein ehemaliger Ostasiaten und Afrikaner“, einem Zusammenschluss von Deutschen, die als Soldaten, Unternehmer oder Beamte mit den Kolonien zu tun gehabt hatten. Mit dem neuen Denkmal wollten sie der in den Kolonien gefallenen deutschen Soldaten gedenken und ihrer Forderung nach einer Wiederinbesitznahme der deutschen Kolonien Nachdruck verleihen. Eine Seite des massiven Steinblocks zeigt das Relief eines Löwen, die mächtige Pranke auf eine Weltkugel gedrückt. Die andere Seite ziert das Sternbild „Kreuz des Südens“. Auf den schmalen Seiten stehen Namen ehemaliger deutscher Kolonien.

Vor einigen Wochen nun sind neue Schriftzüge hinzugekommen: Aktivisten haben Papptafeln mit antirassistischen Slogans am Denkmal aufgestellt: „Wer gleichgültig gegenüber Ungerechtigkeit bleibt, stellt sich auf die Seite der Unterdrücker“, steht da in englischer Sprache. Über dem Leib des Löwen ist ein „Black lives matter“-Transparent gehängt: „Schwarze Leben zählen“.

Schüler*innen der IGS Franzisches Feld verhüllten schon 2006 das Denkmal in einer Aktion, und Student*innen der TU Braunschweig erarbeiteten eine Homepage zum "Kolonialdenkmal": <https://kolonialdenkmal-braunschweig.de.tl/>

Die beiden genannten Beispiele belasteter Denkmale in Braunschweig sollen die Richtung vorgeben, nach der die Untersuchung der belasteten Denkmäler in Braunschweig Perspektiven im Spannungsfeld zwischen „kritischer Beleuchtung“ und möglicher „Entfernung“ der Denkmäler zu erfolgen hat. Der vorliegende Antrag soll einen gangbaren Weg für einen angemessenen und differenzierten Umgang mit allen Denkmälern in der Stadt ebnen.

Anlagen:

Einrichtung Roselies

Erinnerungssteine / Erinnerungsort

Datum	Nummer	Gremien
09.09.2004	8995/04	StBezRat 213 PIUA VA
09.08.2010		StBezRat 213
30.08.2010		StBezRat 213
25.01.2011		StBezRat 213
07.06.2011		StBezRat 213
10.11.2011	14773/11	Rat
13.12.2011	4866/11	Rat
25.04.2012	1707/12	Rat
27.04.2012	8498/12	Rat
25.05.2012	1748/12	AfKW
05.06.2012	8554/12	AfKW
18.06.2012	2194/12	Rat
20.06.2012	2196/12	AfKW VA Rat
10.07.2012	2209/12	AfKW VA Rat
13.07.2012	3849/12	AfKW
17.07.2012	3856/12	StBezRat 213
29.08.2012	12550/12	VA
11.09.2012	3849/12	AfKW
25.03.2013	12955/13	AfKW
12.04.2013	4108/13	AfKW
07.11.2013	4309/13	AfKW
16.06.2014	3011/14	Rat
19.06.2014	3043/14	StBezRat 213
02.07.2014	3067/14	Rat
09.07.2014	10418/14	Rat
18.07.2014	4507/14	AfKW
09.09.2014	3130/14	StBezRat 213
23.09.2014	4536/14	StBezRat 213
23.09.2014	10550/14	StBezRat 213
11.11.2014	4592/14	StBezRat 213

12.11.2014	14052/14	Mitteilung außerhalb von Sitzungen
10.08.2015	15-00503	AfKW
02.09.2015	15-00503-02	AfKW
14.09.2015	15-00503-01	AfKW

Einrichtung Gedenkstätte Schillstraße/Schilldenkmal

Datum	Nummer	Gremien
10.01.2001	4912/01	AfKW VA Rat
13.05.2002	5103/02	Kulturausschuss
10.04.2005	715/05	Rat
11.05.2018	18-08215	AfKW StBezRat 132 FPA VA Rat

Absender:

**AfD-Fraktion im Rat der Stadt / Wirtz,
Stefan**

TOP 4.2
20-13969
Antrag (öffentlich)

Betreff:

**30. Jahrestag der Wiedervereinigung - Infotafel am Braunschweiger
Fragment der Mauer**

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.08.2020

Beratungsfolge:

		Status
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	11.09.2020	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	22.09.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	29.09.2020	Ö

Beschlussvorschlag:

Anlässlich des 30. Jahrestags der Wiedervereinigung Deutschlands wird eine Infotafel im Umfeld des Fragments der ehemaligen Berliner Mauer auf dem Platz der Deutschen Einheit errichtet, die über das Unrechtsregime der DDR, die Anzahl der freiheitsliebenden und bei Fluchtversuchen getöteten "Republikflüchtlinge" und die Umstände des Baus und Falls der Mauer informiert.

Sachverhalt:

Das Fragment der Mauer ist - trotz seiner Größe - kaum sichtbar im Stadtbild. Außer der Gedenkplatte und dem darauf befindlichen Auszug der Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker ist keine weitere Information erhältlich. 30 Jahre nach dem Mauerfall kommt es aus dem linksextremen Lager zu geschichtlichen Verklärungen des Unrechtsstaates der DDR.

Freiheit ist nicht selbstverständlich.

Diesem Umstand sollte die Infotafel gerecht werden und insbesondere die nach 1989 Geborenen ansprechen und informieren.

Nach dem Vorbild des Braunschweiger Leit- und Informationssystems für Kultur (BLIK) gibt es auch Informationstafeln für Braunschweiger Gedenkort. Diese unterscheiden sich hauptsächlich in der Farbe von den BLIK-Schildern.

Es bestünde die Möglichkeit, in Anlehnung an diese Gestaltung die Infotafel in einem neutralen Farbton oder transparent zu gestalten.

Analog zu dem BLIK-Schild informiert die zu errichtende Infotafel am Fragment der Mauer über Fakten, die Geschichte und ihre weitreichende historische Bedeutung, die Ost und West, Kapitalismus und Sozialismus und zwei unterschiedliche Lebensweisen sowie die Freien von den Unfreien trennte.

Anlagen: keine

Betreff:
Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im Verein "BDLO e.V."

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	<i>Datum:</i> 06.08.2020
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	11.09.2020	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	22.09.2020	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	29.09.2020	Ö

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig tritt dem Verein „BDLO e. V.“ zum 1. Oktober 2020 als Mitglied bei.

Sachverhalt:

Der Verein Bundesverband Deutscher Liebhaberorchester (BDLO) e.V. ist der Dachverband der Amateur-Sinfonie- und Kammerorchester in Deutschland mit derzeit 868 Mitgliedsorchestern, in denen 34.000 Instrumentalistinnen und Instrumentalisten mitspielen. Die meisten Mitgliedsorchester sind als selbständige Orchestervereine organisiert, oder Orchester größerer Institutionen, also Universitätsorchester, Musikschulorchester, Schulorchester respektive solche in kirchlicher Trägerschaft. Der 1924 gegründete BDLO e. V. gehört zu den ältesten und traditionsreichsten Musikverbänden weltweit und hat seinen Sitz in Dresden.

Zukünftige Mitgliedschaft:

Zukünftig soll die Stadt Braunschweig als Kommune Mitglied im BDLO e. V. werden. Hierdurch wird der Musikschule der Stadt Braunschweig die Möglichkeit gegeben, das vielfältige Angebot des Vereins für seine Mitglieder zu nutzen. Darunter fallen u.a.:

- Notennutzungen aus der umfangreichen verbandseigenen Notenbibliothek ergeben Kostenersparnisse
- Tarifvergünstigungen bei der GEMA
- günstige Bedingungen bei Vereinshaftpflicht- und Musikinstrumentenversicherungen
- Seminare
- Möglichkeiten zur Information und Selbstdarstellung auf der BDLO-Webseite und in der Verbandszeitschrift

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 12 NKomVG. Beteiligungen von Kommunen an privatrechtlichen Vereinigungen, insbesondere Vereinen, sind Beteiligungen im Sinne dieser Zuständigkeitszuweisung.

Die Kosten für die Vereinsmitgliedschaft i. H. v. 195 € pro Jahr ergeben sich aus der aktuellen Anzahl von 65 Musikerinnen und Musiker in den Orchestern und Ensembles, die die Angebote des BDLO e.V. derzeit nutzen würden (Jugend-Sinfonie-Orchester und Juniorstreicherorchester). Einen Mitgliedschaftsbeitrag bis zu einer Höhe von 200 EUR werden durch den „Konzert & Förderverein der Städtischen Musikschule Braunschweig e. V.“ (KuF) aufgrund eines Vorstandsbeschlusses des Fördervereins getragen. Sollte die Nutzeranzahl in den Ensembles steigen, wird der weitere Betrag durch den Fachbereich Kultur und

Wissenschaft getragen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

*Betreff:***Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte Friedrich Kreiß auf dem Hauptfriedhof***Organisationseinheit:*Dezernat IV
41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft*Datum:*

02.09.2020

Beratungsfolge

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)

Verwaltungsausschuss (Entscheidung)

Sitzungstermin

11.09.2020

22.09.2020

Status

Ö

N

Beschluss:

Die Grabstätte des verstorbenen Friedrich Kreiß auf dem Hauptfriedhof wird ab dem 18. Oktober 2020 für zunächst zehn Jahre der Status eines Ehrengrabes der Stadt Braunschweig zuerkannt.

Sachverhalt:

Gem. § 6 Nr. 8 c) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig i. V. m. § 76 Abs. 3 NKomVG ist die Zuständigkeit für Beschlüsse über die Zuerkennung der Ehrengrabeigenschaft für Ruhestätten verdienter Persönlichkeiten auf den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) übertragen.

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 4. Mai 2010 beschlossen, die seit 1962 als Ehrengrab geführte Ruhestätte von Friedrich Kreiß für weitere zehn Jahre als Ehrengrab auszuweisen. Es folgte der Nachkauf der Grabnutzungsrechte und die Übernahme der Pflege der Grabstätte durch die Stadt Braunschweig. Das Grab befindet sich auf dem Hauptfriedhof in Abt. 17/98-100.

Lebensdaten:

Am 19. Oktober 1915 verstarb Friedrich Kreiß in Braunschweig (*28. August 1842 in Ortenberg). Es war Sohn des Architekten und Maurermeisters Georg Kreiß. Nach dem Besuch der Gewerbeschule in Nidda, wo er im Zeichen, in der Feldmesskunst und darstellenden Geometrie Auszeichnungen errang, absolvierte er eine Lehre in der gräflichen Gärtnerei Stolberg-Rosslar in Ortenberg.

1864 kam Kreiß nach Braunschweig. Bis 1866 arbeitete er als Obergehilfe in der Herzoglichen Landesbaumschule, um dann zur weiteren Ausbildung für zwei Jahre nach England zu wechseln, wo er als Obergärtner Veränderungen und Erweiterungen des berühmten Batterseaparks (London) vornahm und die kulturgeschichtlich bedeutendsten Gartenanlagen und Gärtnereien Englands und Schottlands besuchte. 1868 kehrte er nach Braunschweig zurück und trat als Obergärtner in den Dienst der Generaldirektion der herzoglichen Eisenbahnen. 1880 wurde er als Promenadenverwalter in den braunschweigischen Staatsdienst übernommen. 1884 ernannte ihn Herzog Wilhelm zum herzoglichen Promenadeninspektor.

Für seine Leistungen hat Friedrich Kreiß zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen erhalten. Sein Wirken prägt auch heute noch das Stadtbild. Von ihm geschaffen wurden:

1. Der heutige Kiryat-Tivon-Park
2. Der Stadtpark
3. Der Bürgerpark (hier wurde ein Weg nach ihm benannt)
4. Der Prinz-Albrecht-Park

Umgestaltet wurden von Friedrich Kreiß der Windmühlenberg, das „Okertal“ am Löwenwall, der Gaußberg und Teile des Inselwalls sowie der Lessing- und Siegesplatz.

Obwohl es auch einen Friedrich-Kreiß-Weg im Bürgerpark gibt, wurde bereits in 2010 entschieden, die Grabstätte aufgrund der herausragenden Verdienste Kreiß´ für die Stadt Braunschweig als Ehrengrabstätte weiter zu erhalten. Aufgrund der Bedeutung Friedrich Kreiß´ für die Gestaltung der Parkanlagen Braunschweigs sollte die Verlängerung des Grabnutzungsrechts von der Stadt erneut übernommen werden.

Ein Nachkauf des Grabnutzungsrechts ist ab dem 18. Oktober 2020 erforderlich. Die Kosten für den Erwerb des Grabnutzungsrechts für 10 Jahre betragen einmalig 1.069,00 €. Für die laufende Grabpflege entstehen der Stadt Braunschweig jährliche Kosten in Höhe von ca. 150 €. Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Grabpflege und den Kauf des Grabnutzungsrechts stehen im Budget des Fachbereichs Kultur und Wissenschaft zur Verfügung.

Dr. Hesse

Anlage/n:

keine

Betreff:
Zuwendungen zur Projektförderung über 5.000 € im 2. Halbjahr 2020

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	<i>Datum:</i> 04.09.2020
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	11.09.2020	Ö
Verwaltungsausschuss (Entscheidung)	22.09.2020	N

Beschluss:

Den Projektförderanträgen wird entsprechend den in Anlagen 2 a und 2 b sowie in Anlage 3 a und 3 b aufgeführten Einzelabstimmungsergebnissen zugestimmt.

Sachverhalt:

Die Bewilligung von unentgeltlichen Zuwendungen aus allgemeinen Produktansätzen gehört nur bis zur Höhe von 5.000 € zu den Geschäften der laufenden Verwaltung (Richtlinie des Rates gem. § 58 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG). Bei Antrags- und Bewilligungssummen über 5.000 € ist somit ein Beschluss des zuständigen politischen Organs über die Förderanträge herbeizuführen. Gemäß „Sechster Satzung zur Änderung der **Hauptsatzung** der Stadt Braunschweig“, beschlossen vom Rat der Stadt Braunschweig am 24.03.2020, liegt die Zuständigkeit über die Entscheidung über diese Beschlussvorlage beim Verwaltungsausschuss. Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft ist zur Vorberatung eingebunden. Die Anlagen enthalten Übersichten über diese Anträge einschließlich der Entscheidungsvorschläge durch die Verwaltung.

Vor dem Hintergrund der eingeschränkten Kommunikations- und Beratungsmöglichkeiten sowie aufgrund der allgemein unsicheren Lage während der Corona-Pandemie ist im Hinblick auf die Antragsfrist eine vergleichsweise flexible Handhabung praktiziert worden. Zeitliche Verschiebungen sowie Anpassungen der Projektzeiträume auf den jeweiligen Bedarf werden ebenfalls - wie auch schon im 1. Halbjahr 2020 - ermöglicht. Hierbei wird sichergestellt, dass Mittel nur dann ausgezahlt werden, wenn ein Projekt tatsächlich durchgeführt wird.

Der Kosten- und Finanzierungspläne sind als Anlagen 3 a und 3 b beigefügt.

Die Entscheidungen des Theaterbeirats haben für die Verwaltung bindenden Charakter und sind in der Vergangenheit immer 1:1 in die Verwaltungsvorlagen eingeflossen. In diesem Fall schlägt die Verwaltung indes vor, die noch zur Verfügung stehenden Mittel auf die Theaterprojekte zu verteilen, weil diese in ihrer Akkumulation auf ein hohes Maß von Qualität schließen lassen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

- Anlage 1: Übersicht Projektfördermittel für 2020
- Anlage 2 a: Antrag auf Förderung kultureller Projekte
- Anlage 2 b: Antrag auf Förderung kultureller Projekte – Genre Theater
- Anlage 3 a: Kosten- und Finanzierungspläne
- Anlage 3 b: Kosten- und Finanzierungspläne – Genre Theater

Übersicht Projektfördermittel 2. Halbjahr 2020

Anlage 1

Genre	Haushaltsansatz 2020	Förderungen im 1. Halbjahr	Antragssumme im 2. Halbjahr	Vorgesehene Förderungen für das 2. Halbjahr	Verbleibende Mittel
Wissenschaft	2.662,00 €	6.085,79 €	4.800,00 €	4.800,00 €	-8.223,79 €
Literatur	8.710,00 €	0,00 €	5.500,00 €	5.500,00 €	3.210,00 €
Bildende Kunst	57.573,00 €	28.830,00 €	5.905,00 €	5.905,00 €	22.838,00 €
Theater	59.713,00 €	39.500,00 €	17.700,00 €	27.700,00 €	-7.487,00 €
Musik	70.360,00 €	31.700,00 €	29.364,00 €	29.364,00 €	9.296,00 €
Chorleiterförderung	6.000,00 €	680,00 €	2.210,00 €	2.210,00 €	3.110,00 €
Kulturelle Projekte	41.245,00 €	31.280,00 €	26.125,53 €	21.125,53 €	-11.160,53 €
Summen	246.263,00 €	138.075,79 €	91.604,53 €	96.604,53 €	11.582,68 €

Anmerkungen:

Die Ansätze der verschiedenen Sparten sind untereinander gegenseitig deckungsfähig.

Bei den vorgesehenen Förderungen wurden die Bewilligungen für Anträge bis zu 5.000 € ebenfalls berücksichtigt.
(Geschäfte der laufenden Verwaltung nach der Richtlinie des Rates gem. § 58 Abs. 1 Nr. 2 NKomVG)

Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung über 5.000 € im 2. Halbjahr 2020

Anlage 2a

Nr.	Antragsteller	Zweck	Gesamtkosten	Antrag		Förderung	
				Antragssumme	Anteil an Gesamtkosten	Vorschlag der Verw.	Anteil an Gesamtkosten
Musik							
1	Verein Braunschweiger Verkehrsfreunde e. V.	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Der Verein wurde am 1949 gegründet. Er ist der Betreiber des Lokparks und des historischen Schienenverkehrs.</p> <p><u>Projektname:</u> Open Air im Lokpark 2020</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Zwischen dem 19. Juni und dem 5. Juli 2020 fanden in der Schiebebühnengrube des Lokparks verschiedene Konzerte statt. Darunter waren u. a. die Braunschweiger Rockband Fee, die Rockgruppe Ton Steine Scherben sowie die Braunschweiger Rock-Metal-Band Bucketlist. Außerdem wurden mehrere Konzerte mit Musikern des Braunschweiger Staatsorchesters durchgeführt.</p> <p>Aufgrund des für die Veranstaltungen vorgelegten Sicherheitskonzepts war die Einhaltung der Corona-Kontaktbeschränkungen u. a. dadurch möglich, dass das Publikum die Konzerte ausschließlich vom Auto aus erleben durfte.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Entwicklung eines Sicherheitskonzepts, das die Durchführung eines Musik-Festivals ermöglicht und somit das größtenteils nur noch digitale kulturelle Angebot erheblich bereichert hat, ist sehr zu begrüßen. Zudem wurde den beteiligten Künstlern, für die die Pandemie eine existenzielle Bedrohung darstellt, eine Auftrittsmöglichkeit geboten. Die Zuwendung wird daher in der beantragten Höhe bewilligt.</p>	29.115 €	12.000 €	41,22%	12.000 €	41,22 %

Anträge auf Zuwendungen zur Projektförderung über 5.000 € im 2. Halbjahr 2020 - Genre Theater

Anlage 2b

Der Antrag wurde vom Auswahlgremium für Theaterprojekte beraten. Dessen Entscheidungsvorschlag wird im Folgenden vorgelegt:

Nr.	Antragsteller	Zweck	Gesamtkosten	Antrag		Förderung	
				Antragssumme	Anteil an Gesamtkosten	Vorschlag der Verw.	Anteil an Gesamtkosten
1	Liliana Barros	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Liliana Barros hat in den Niederlanden Tanz studiert, war Solotänzerin am Saarländischen Staatstheater und hat gleichzeitig ihre Tätigkeit als Choreographin aufgenommen und vertieft.</p> <p><u>Projektname:</u> TECHNO Fauna/Deformation</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> Ausgangspunkt ist die Frage nach der Zukunft des Planeten sowie nach der Beziehung des Menschen zur Umwelt. In dem Tanztheaterstück soll untersucht werden, inwieweit die menschliche Silhouette sich verändern kann. Es soll über die Zukunft des menschlichen Körpers spekuliert werden, indem dessen Grenzen und Anpassungsmöglichkeiten an die Umgebung durch Verwandlung ausgelotet werden.</p> <p>Es ist geplant, dafür skulpturale Elemente zu kreieren, die als bewegliche Teile sowohl mit dem Körper also auch mit der Umgebung verschmelzen können. Das Stück soll im Winter 2020/2021 im LOT-Theater aufgeführt werden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Frau Barros bearbeitet ein relevantes Thema. Darüber hinaus hat sie durch die hohe künstlerische Qualität ihrer Arbeit überregionalen Bekanntheitsgrad erlangt. Eine weitere Etablierung und Erweiterung der Tanztheaterszene in Braunschweig wird zudem vom Auswahlgremium befürwortet. Das Projekt wird daher gefördert. Es ist jedoch aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel keine Förderung im beantragten Umfang möglich.</p>	65.600 €	10.000 €	15,38 %	6.640 €	10,12 %
2	James & Priscilla GbR	<p><u>Informationen zum Antragsteller:</u> Das Ensemble wurde 2009 von Studierenden aus dem Bereich Kulturwissenschaften und ästhetische Praxis der Universität Hildesheim gegründet.</p> <p><u>Projektname:</u> Miami Punk</p> <p><u>Projektbeschreibung:</u> In dem Stück wird der gleichnamige Roman von Juan S. Guse bearbeitet, in dem sich der Atlantik über Nacht von der Küste Floridas zurückgezogen und eine Wüste hinterlassen hat. Die gesellschaftlichen Folgen und Entwicklungen dieses Ereignisses zeigen in Analogie und überspitzt die Lebens- und Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts.</p> <p>In der Inszenierung werden digitale Bild- und Klangwelten einem analogen Bühnengeschehen gegenübergestellt.</p> <p>Das Stück soll u. a. im LOT-Theater gezeigt werden.</p> <p><u>Entscheidung:</u> Die Verknüpfung von Theater mit Popkultur stellt einen interessanten Ansatz dar. Von der Theatergruppe ist zudem eine künstlerisch wertvolle Inszenierung zu erwarten. Es wird daher eine Zuwendung gewährt, die jedoch aufgrund des begrenzten Budgets nicht in Höhe der Antragssumme bewilligt werden kann.</p>	68.100 €	8.000 €	11,75 %	5.310 €	7,80 %

Kosten- und Finanzierungspläne

Projektförderungen über 5.000 €

3 a.1 Verein Braunschweiger Verkehrsfreunde e. V. – Open Air im Lokpark 2020

3 a.1 Verein Braunschweiger Verkehrsfreunde e. V. – Open Air im Lokpark 2020**Ausgaben:**

Mobile Bühne/UKW-Frequenzen	6.486,00 €
Gagen/Bewirtung Künstler	7.300,00 €
Licht- und Tontechnik	10.170,00 €
Miete Lokparkgelände	2.400,00 €
Versicherung, Gebühren, Reinigung	989,00 €
Security	1.200,00 €
Energiekosten	570,00 €
Gesamtausgaben:	29.115,00 €

Einnahmen:

Eigenmittel	17.115,00 €
Kulturinstitut	12.000,00 €
Gesamteinnahmen:	29.115,00 €

Kosten- und Finanzierungspläne

Projektförderungen über 5.000 € - Genre Theater

3 b.1 Liliana Barros – TECHNO Fauna/Deformation

3 b.2 James & Priscilla GbR – Miami Punk

3 b.1 Liliana Barros - Techno Fauna**Ausgaben:**

Honorare Tänzerinnen	20.000,00 €
Choreographie	12.000,00 €
Ausstattung	6.000,00 €
Musik	4.000,00 €
Assistenz	3.000,00 €
Dramaturgie	3.000,00 €
Produktion/Presse	5.000,00 €
Distribution	3.000,00 €
Bühne/Kostüme	5.000,00 €
Video/Dokumentation	1.000,00 €
Raummiete	2.000,00 €
KSK	1.600,00 €
Gesamtausgaben:	65.600,00 €

Einnahmen:

Eigenmittel	2.600,00 €
Drittmittel	53.000,00 €
Kulturinstitut	10.000,00 €
Gesamteinnahmen:	65.600,00 €

3 b.2 James & Priscilla GbR - Miami Punk**Ausgaben:**

Honorare Performer/innen	39.000,00 €
Dramaturgie	1.500,00 €
Video	2.400,00 €
Assistenz	2.400,00 €
Produktion	4.300,00 €
Werbung	850,00 €
Ausstattung	3.200,00 €
Mieten	7.600,00 €
Transport-/Fahrtkosten	2.800,00 €
Dokumentation	950,00 €
Abgaben/Bürokosten	3.100,00 €
Gesamtausgaben:	68.100,00 €

Einnahmen:

Eigenmittel	5.600,00 €
Drittmittel	54.500,00 €
Kulturinstitut	8.000,00 €
Gesamteinnahmen:	68.100,00 €